

zur Information

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

18/SVV/0882

Der Oberbürgermeister Betreff: öffentlich Maßnahmenplan zum Psychiatriekonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2018 Einreicher: Fachbereich Soziales und Gesundheit Erstellungsdatum 20.11.2018 Eingang 922: 20.11.2018 Beratungsfolge: Entscheidung Empfehlung Datum der Sitzung Gremium 05.12.2018 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Maßnahmenplan zum Psychiatriekonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2018 gemäß Anlage. Überweisung in den Ortsbeirat/die Ortsbeiräte: Nein Ja, in folgende OBR: Anhörung gemäß § 46 Abs. 1 BbgKVerf

	_				
Finanzielle Auswirkungen?	-	Ja			
Das Formular "Darstellung der finanziellen Aus	swirkungen" ist als Pflichtania	ige beizufugen			
Fazit Finanzielle Auswirkungen:					
Hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen wird	auf die Anlage verwiesen.				
Die Ziele 1.2, 1.8, 2.5, 3.2, 6.1 und 6.2 haben k	keine finanziellen Auswirkung	en.			
Das Ziel 2.2 wird im Produkt 4140000 (Verwal geplant und wird in dieser Beschlussvorlage m					
Das Ziel 3.1 wird aktuell im Rahmen der Einglie	ederungshilfe finanziert.				
Die Umsetzung des Ziels 4.1 ist ab dem Genanzierung und die Finanzierungsgrundlage Beschluss herbeigeführt. Die finanzielle Ausw Beschlussvorlage nicht enthalten.	noch unklar sind, wird für di	e Maßnahme ein separater			
Oberbürgermeister	Geschäftsbereich 1	Geschäftsbereich 2			
	Geschäftsbereich 3	Geschäftsbereich 4			

Berechnungstabelle Demografieprüfung:

Wirtschaftswachs tum fördern, Arbeitsplatzan- gebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von	Gute Wohnbe- dingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbe- stimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungs- index Demografie	Bewertung Demografie- relevanz
	1		1	1	50	mittlere

Begründung:

Grundlage für den Maßnahmenplan ist das *Psychiatriekonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2018* (Drucksache-Nr. 17/SVV/0810). *Das Psychiatriekonzept* dient der Gesundheitsberichterstattung zur Erhebung der Versorgungssituation von Menschen mit psychischen Störungen und ist Grundlage für die Gesundheitsplanung und bedarfsgerechten Steuerung in Bezug auf die seelische Gesundheit und psychiatrische sowie psychosoziale Versorgung in der Landeshauptstadt Potsdam. Im November 2017 wurde das *Psychiatriekonzept* der Stadtverordnetenversammlung als Mitteilung vorgelegt und an den entsprechenden Fachausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion (GSI) verwiesen. Der GSI hat die Mitteilungsvorlage am 21. November 2017 zur Kenntnis genommen.

Laut § 6 Abs. 3 Satz 1 Brandenburgisches Psychisch-Kranken-Gesetz - BbgPsychKG wirkt die kreisfreie Stadt darauf hin, "dass die für eine bedarfsgerechte psychiatrische Versorgung erforderlichen Angebote im ambulanten, stationären, teilstationären und rehabilitativen Bereich in erreichbarer Nähe zu ihrem jeweiligen örtlichen Zuständigkeitsbereich vorhanden sind." Dabei hat die Landeshauptstadt Potsdam die koordinierende und steuernde Aufgabe in der Versorgung von Menschen mit einer psychischen Störung und von Menschen mit einer seelischen Behinderung in ihrem örtlichen Zuständigkeitsbereich sicherzustellen (§ 7 Abs. 1 BbgPsychKG).

Die LHP hat entsprechend § 7 Abs. 4 Satz 2 (BbgPsychKG) das Votum der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG) bei Entscheidungen für eine gemeindenahe und bedarfsgerechte psychiatrische Versorgung zu hören. Es fanden zwei Kick-off-Veranstaltungen mit der PSAG im Februar und April 2018 statt. Dabei wurde von Seiten des Sprecher*innenrates der PSAG in Zusammenarbeit mit der WerkStadt für Beteiligung der PSAG ein Vorschlag zu Weiterbearbeitung von Themen anhand von temporären Arbeitsgruppen vorgestellt. Die Aufgabe der temporären Arbeitsgruppen bestand darin, die Empfehlungen aus dem Psychiatriekonzept zu diskutieren, anzupassen und ggf. neue Maßnahmen zum jeweiligen (Lebens-) Bereich zu entwickeln. Über dieses Vorgehen wurde am 15. Mai im GSI berichtet. Die Psychiatriekoordination fasste die Ergebnisse der temporären Arbeitsgruppen im Maßnahmenplan zusammen. Am 19.09.2018 wurde in der PSAG von den anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern das Votum eingeholt. Von insgesamt 18 anwesenden stimmberechtigen Mitgliedern stimmten insgesamt 14 stimmberechtigte Mitglieder dafür, dass der Maßnahmenplan in den weiteren Verwaltungsgang gegeben wird. Vier stimmberechtige Mitglieder enthielten sich.

Anlagen:

Finanzielle Auswirkungen Maßnahmenplan zum Psychiatriekonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2018

	reff: Maßnahmenplan							•		dam 2018		
1.	. Hat die Vorlage finanzielle Auswirkungen?								☐ Nein	⊠ Ja		
2.	Handelt es sich um	n eine Pflic	G						⊠ Nein	☐ Ja		
3.								□Ja	⊠ Tei	lweise		
4. Lar 5.	Die Maßnahme be deshauptstadt. Wirkung auf den E				odukt	Nr.	41401	00 E	Bezeich	nung: Ges	unde	
An	gaben in EUro	ls Vorj		lfd.	Jahr	Fol	gejahr	Fol	gejahr	Folgejahr	Folgejahr	Gesamt
	t rag It Plan		0	-	73.500		73.500		117.000	117.000		381.000
Er ine	t rag u			-	73.500		73.500		117.000	117.000		381.000
_	fwand It Plan	37.7	784,15	98	81.300		978.800	1	.005.100	1.005.100		3.640.300
Au ne	fwand u			94	44.709	1.	011.300	1	.101.600	1.163.600		4.221.209
laυ	ldo Ergebnishaushalt It Plan			-9(07.800	-	905.300		-888.100	-888.100		-3.589.300
Sa ne	Ido Ergebnishaushalt u			-87	71.209	-	937.800		-984.600	-1.046.600		-3.840.209
	weichung m Planansatz			;	36.591		-32.500		-96.500	-158.500		-250.909
6.	Wirkung auf den in	vestiven f	-inanz	haus	shalt:						Bis	
An	gaben in Euro	bereitge- stellt	lfd. J	ahr	Folge	jahr	Folgej	ahr	Folgeja	hr Folgejah		Gesamt
	restive Einzahlungen It Plan											
Inv ne	restive Einzahlungen u											••••
	vestive Auszahlungen It Plan											
Inv ne	vestive Auszahlungen u											
	ldo Finanzhaushalt It Plan											
	ldo Finanzhaushalt											
Ab	weichung m Planansatz											
7.	Die Abweichung zu Bezeichnung	um Planar gedeckt		vird (durch	das	Unterp	orod	ukt Nr.			
8.	Die Maßnahme ha	t künftig A	uswirk	kung	en au	f de	n Stelle	enpla	an?	⊠ Ne	ein 🗌 Ja	
	Mit der Maßnahme von Vollzei Diese ist bereits im	iteinheiter	ı verbu	ınde	n.	•	?			□ Ne	ein 🗌 Ja	
9.	Es besteht ein Hau	ıshaltsvor								□Ne	ein ⊠ Ja	

Hier können Sie weitere Ausführungen zu den finanziellen Auswirkungen darstellen (z. B. zur Herleitung und Zusammensetzung der Ertrags- und Aufwandspositionen, zur Entwicklung von Fallzahlen oder zur Einordnung im Gesamtkontext etc.).

Die detaillierte Zuordnung der finanziellen Mittel zu den entsprechenden Zielen und Maßnahmen sind der Übersicht der finanziellen Auswirkungen des Maßnahmenplans zum Psychiatriekonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2018 zu entnehmen.

Die Mittel für den Maßnahmenplan sind im Doppelhaushalt 2018/2019 im Produkt 4140100 (Gesunde Landeshauptstadt) in Höhe von 50.500 Euro für das Haushaltsjahr (HHJ) 2018 und in Höhe von 41.000 Euro für das HHJ 2019 (insgesamt 91.500 Euro) finanziell hinterlegt.

Im HHJ 2018 werden hiervon 13.909 Euro benötigt. Im HHJ 2019 wird entsprechend des Maßnahmenplans mit Aufwendungen von 73.500 Euro gerechnet. Die sich daraus ergebenen Mehraufwendungen von 32.500 Euro sollen über die Bildung eines Haushaltsrestes aus den im HHJ 2018 eingesparten Mitteln gedeckt werden.

Im HHJ 2020 werden für die Umsetzung des Maßnahmenplans 302.500 Euro und im HHJ 2021 insgesamt 364.500 Euro benötigt.

Enthalten sind hier Mittel in Höhe von 235.000 Euro jährlich für die Umsetzung von Maßnahmen, die bereits in den Vorjahren im Rahmen der Förderung freier Träger gefördert wurden. Hierzu gehören die nachfolgenden Angebote der EvB Sozial gGmbH: die Gemeindepsychiatrische Kontakt- und Beratungsstelle (KBS) inklusive dem Projekt "Kabarett Antidepressiva" und das Alltagsunterstützende Angebot (AUA) nach § 45a SGB XI "Help To go" (vgl. Ziele 5.1, 5.2, 5.9). Die sozialpädagogische Begleitung für Opfer von Gewalt- und Sexualstraftaten der Opferhilfe Land Brandenburg e.V. wurde ebenfalls in den Vorjahren im Rahmen der Förderung freier Träger gefördert (vgl. Ziel 5.7). Für die genannten Projekte wurden im Jahr 2018 im Rahmen der Förderung Freier Träger Mittel in Höhe von 142.780 Euro zur Verfügung gestellt. Die Mittel für die Projekte sind bisher im Rahmen der gesundheitsbezogenen Projekte im Rahmen der Förderung Freier Träger im Produkt 4140000 (Verwaltungsaufgaben Gesundheitsschutz/Gesundheitspflege) verortet, sollen jedoch ab dem HHJ 2020 in das Produkt 4140100 (Gesunde Landeshauptstadt) überführt werden. Für die KBS erhält die Landeshauptstadt Potsdam jährlich eine Landesförderung in Höhe von derzeit 43.500 Euro, die für die anteilige Förderung der Personalkosten einzusetzen ist. Bei AuA beteiligen sich die Verbände der Pflegekassen, bestmöglich in gleicher Höhe wie die Landeshauptstadt Potsdam.

In der mittelfristigen Finanzplanung 2020-2022 sind bereits Mittel in Höhe von jährlich 206.000 Euro für die Umsetzung des Maßnahmenplans berücksichtigt. Davon sind 41.000 Euro im Produkt "Gesunde Landeshauptstadt" und 165.000 Euro im Produkt "Verwaltungsaufgaben Gesundheitsschutz/Gesundheitspflege" für die o.g. bereits in Vorjahren geförderten Projekte eingeplant. In der Darstellung oben unter Punkt 5 werden diese Mittel ab dem 2. Folgejahr (2020) zusammengeführt unter dem Produkt 4140100 dargestellt.

Die über die mittelfristigen Planansätze hinausgehend benötigten Mittel entsprechend des Maßnahmenplans werden in der Haushaltsplanung 2020/21 berücksichtigt.

Haushaltsvorbehalte bestehen hinsichtlich der Bildung eines Haushaltsrestes für 2019 und der Genehmigung des Doppelhaushaltes 2020/21.

Anlagen:

Erlauterung zur Kalkulation von Aufwand, Ertrag, investive Ein- und Auszahlungen
(Interne Pflichtanlage!)
Anlage Wirtschaftlichkeitsberechnung (anlassbezogen)
Anlage Folgekostenberechnung (anlassbezogen)





Maßnahmenplan zum Psychiatriekonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2018



Impressum

Herausgeber:

Landeshauptstadt Potsdam Der Oberbürgermeister

Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung Fachbereich Soziales und Gesundheit Friedrich-Ebert-Str. 79/81 14469 Potsdam

www.potsdam.de

Text und Bearbeitung:

Arbeitsgruppe: Planung und Steuerung (3801)

Ansprechpartnerin: Psychiatriekoordination, Frau Magnussen

Telefon: 0331/289 2447

Psychiatriekoordination@Rathaus.Potsdam.de www.potsdam.de/netzwerk-seelische-gesundheit

Fotos:

Karyatiden am Schloss Sanssouci/Fotodesign Michael Lüder

Stand: 16. November 2018

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt

Literatur	1
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	
Abkürzungsverzeichnis	
Einführung	5
Übersicht der (Lebens-)Bereiche und Ziele	8
Bereich Kommune und Öffentlichkeit	10
Ziel 1.1: Optimierung der kommunalen Daseinsvorsorge in der psychiatrischen und	
psychosozialen Versorgung	10
Ziel 1.2: Etablierung einer Datengrundlage in der Psychiatriekoordination	11
Ziel 1.3: Verbesserung der Informationen für Bürger und Bürgerinnen zu seelischer	
Gesundheit	
Ziel 1.4: Empowerment von Menschen mit psychischen Störungen	
Ziel 1.5: Sensibilisierung der Öffentlichkeit zum Thema seelische Gesundheit	
Ziel 1.6: Sensibilisierung zum Thema Suizidprävention	
Ziel 1.7: Verbesserung der gemeindepsychiatrischen Versorgungssituation von Menschei	
mit Doppeldiagnosen in der LHP	16
Ziel 1.8: Schaffung von alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit	
psychischen Störungen innerhalb der Verwaltung	17
Lebensbereich "Gesunde Kinder und Familien" und "Gesunde Jugend"	18
Ziel 2.1: Förderung der seelischen Gesundheit von Kindern in der Lebenswelt	
Kindertagesbetreuung	18
Ziel 2.2: Sensibilisierung für seelische Gesundheit in der Lebenswelt Schule	
Ziel 2.3: Förderung der seelischen Gesundheit der Kinder von Eltern mit einer psychische	
Störung	
Ziel 2.4: Verbesserung der Informationslage zu Angeboten zum Thema Kinder von Eltern	
einer psychischen Störung	24
Ziel 2.5: Förderung der Zusammenarbeit zwischen Fachkräften im Bereich der Kinder- un	ıd
Jugendhilfe und Psychiatrie	25
Ziel 2.6: Diskussion zu Patenschaften für Kinder von chronisch/psychisch erkrankten Elte	rn
	26
Lebensbereich Arbeit und Beschäftigung	27
Ziel 3.1: Schaffung alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit psychisch	
Störungen	
Ziel 3.2: Verbesserung der Rahmenbedingungen für Genesungsbegleiter und	∠1
Genesungsbegleiterinnen	28
Ziel 3.3: Verbesserung des Informationsstandes zum Thema Arbeit und Beschäftigung fü	
Menschen mit psychischen Störungen	
Ziel 3.4: Prävention durch tagesstrukturierende Angebote für Menschen in sog.	
"Wartephasen"	30
Ziel 3.5: Verbesserung des Zugangs zum Budget für Arbeit	31

Lebensbereic	h Wohnen	32
Ziel 4.1: Schaf	fung eines niederschwelligen Wohnangebotes für Menschen mit schweren	
psych	ischen Störungen	.32
Labanaharaia	h Goounda Labanamitta" und Gooundaa Altarn"	33
	"	
	etigung der KBS für Menschen mit psychischen Störungen	
Ziel 5.2: Verste	etigung des Angebotes "Antidepressiva – das andere Kabarett"	35
Ziel 5.3: Unter	stützung der Angehörigen bzw. des nahen sozialen Umfeldes	36
Ziel 5.4: Förde	rung der Gesundheit von Angehörigen bzw. des nahen sozialen Umfeldes	37
Ziel 5.5: Förde	rung der seelischen Gesundheit von geflüchteten Menschen	38
Ziel 5.6: Schaf	fung eines Informationsstandes zu Unterstützungsangeboten für Opfer von	
Gewa	lt- und Sexualstraftaten	40
Ziel 5.7: Siche	rstellung der sozialpädagogischen Begleitung für Opfer von Gewalt- und	
Sexua	alstraftaten	41
Ziel 5.8: Förde	rung der Gesundheitskompetenz von Senioren und Seniorinnen zu seelisch	er
Gesu	ndheit	42
	rstellung von Alltagsunterstützenden Angeboten (AuA) für Menschen mit ein	
psych	ischen Störung	43
Ziele ohne di	ekte Einflussnahmemöglichkeit der LHP	44
Ziel 6.1: Veror	tung einer Rehabilitation für Menschen mit psychischen Störungen (RPK) in	
der Ll	HP	44
Ziel 6.2: Verbe	sserung der Versorgung durch psychiatrische häusliche Krankenpflege in de	∍r
LHP .		45

Literatur

- Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrischer Verbünde BAG GPV (2012). Über BAG GPV e.V.. Satzung der BAG GPV. Abgerufen am 25.04.2017 von https://www.bag-gpv.de/fileadmin/downloads/2012_12_14__Qualitaetsstandards_BAG_GPV.pdf
- CDU, CSU und SPD (2018). Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. 19. Legislaturperiode. Abgerufen 07.08.2018 von https://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2018/03/2018-03-14-koalitionsvertrag.pdf;jsessionid=F5B74D74002FDE91E80BD74AF8220788.s6t2?__bl ob=publicationFile&v=6
- Engelhardt & Kajetzke, (2010). Handbuch Wissensgesellschaft. Theorien, Themen und Probleme. transcript, Bielefeld zitiert nach Robert Koch-Institut RKI (2015, S. 112). Gesundheit in Deutschland. Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Gemeinsam getragen von RKI und Destatis. RKI: Berlin.
- Europäische Union EU & Weltgesundheitsorganisation WHO (2008). Europäischer Pakt für Psychische Gesundheit und Wohlbefinden. Abgerufen am 13.03.2017 von https://ec.europa.eu/health/sites/health/files/mental_health/docs/mhpact_de.pdf
- Gemeinsamer Bundesausschuss G-BA (2018). Beschluss des Gemeinsamen Bundesausschusses über eine Änderung der Richtlinie über die Verordnung von häuslicher Krankenpflege (Häuslichen Krankenpflege-Richtlinie): Psychiatrische häusliche Krankenpflege. Abgerufen am 01.08.2018 von https://www.g-ba.de/downloads/39-261-3411/2018-07-19_HKP-RL_Psychiatrischehaeusliche-Krankenpflege.pdf
- Gesundheitsberichterstattung des Bundes GBE (2017). Sterbefälle nach äußeren Ursachen und ihren Folgen (ab 1998). Gliederungsmerkmale: Jahre, Region, Alter, Geschlecht, Nationalität, ICD-10 (V-Y), ICD-10 (S-T). Abgerufen im 13.07.2017 von http://www.gbe-bund.de/oowa921-install/servlet/oowa/aw92/dboowasys921.xwdevkit/xwd_init?gbe.isgbetol/xs_start_neu/&p_aid=i&p_aid=98659368&nummer=630&p_spr ache=D&p_indsp=-&p_aid=79900832.
- Herpertz-Dahlmann, Bühren, Remschmidt (2013). Erwachsenwerden ist schwer: Psychische Störungen in der Adoleszenz. Abgerufen am 07.08.2018 von https://www.aerzteblatt.de/archiv/142822/Erwachsenwerden-ist-schwer-Psychische-Stoerungen-in-der-Adoleszenz.
- Jungbauer, Bischkopf, Angermeyer (2001). Belastungen von Angehörigen psychisch Kranker. Psychiatrische Praxis 28 (3). Georg Thieme Verlag: Stuttgart, New York.
- Kammer-Spohn (2013). Recovery ein neuer Behandlungsansatz in der Psychiatrie. Abgerufen am 08.10.2018 von https://www.psych.ch/fileadmin/templates/publikationen/Fachartikel/Recovery-_SAEZ-01580.pdf.

- Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg MASGF (2017). Richtlinie des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie über die Gewährung von Zuwendungen an die Landkreise und kreisfreien Städte für ambulante Beratungs- und Behandlungsstellen für Suchtkranke und für Kontakt- und Beratungsstellen für psychisch Kranke. Leistungsbeschreibung für KBS Anlage 2.
- Plass, Haller, Habermann, Barkmann, Petermann, Schipper, Wiegand-Grefe, Hölling, Ravens-Sieberer, Klasen (2016). Faktoren der Gesunderhaltung bei Kindern psychisch belasteter Eltern. Kindheit und Entwicklung. Hogrefe Verlag: Göttingen.
- Ravens-Sieberer (2017). Bella Studie. Abgerufen am 16. Januar 2017 von https://www.bella-study.org/.
- Robert Koch-Institut RKI (2009). Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Gesundheit und Krankheit im Alter. Abgerufen am 31.01.2017 von http://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsB/alter_gesundheit.pdf?__blob=publicationFile.
- Rosenbrock & Hartung (2015). Public Health Action Cycle / Gesundheitspolitischer Aktionszyklus. Abgerufen am 15.03.2017 von http://www.leitbegriffe.bzga.de/bot_angebote_idx-163.html.
- Rüesch (2005). Überwindungsversuche. Soziale Netzwerke und Lebensqualität, in: Gaebel, Möller, Rössler (Hg.) Stigma Diskriminierung Bewältigung. Der Umgang mit sozialer Ausgrenzung psychisch Kranker. Stuttgart, W. Kohlhammer.
- Statistisches Bundesamt Destatis (2016). Suizide nach Altersgruppen. Abgerufen am 30. Januar 2017 von https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Gesundheit/Todesursach en/Tabellen/Sterbefaelle_Suizid_ErwachseneKinder.html
- Wittchen, Jacobi, Klose, Ryl (2010). Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Heft 51. Depressive Erkrankungen. Berlin: Robert Koch-Institut. Abgerufen am 31.01.2017 von https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsT/depression.pdf?__blob=publicationFile.
- World Health Organization WHO (2014). Mental Health: a state of well-being. Abgerufen am 29.08.2018 von http://www.who.int/features/factfiles/mental health/en/.

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Gesundheitspolitischer Aktionszyklus in der Psychiatriekoordination (vgl. Rosenbrock & Hartung, 2015)

Tabelle 1: Übersicht der temporären AG

7 6

Abkürzungsverzeichnis

AG Arbeitsgemeinschaft/en bzw. Arbeitsgruppe/n

AG 3801 Arbeitsgruppe Planung und Steuerung

AG LeRiKO Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Lebens-Risiko-

Konsumkompetenz

AK Arbeitskreis/e

AuA Alltagsunterstützende Angebote

BAG GPV Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrischer Verbünde e.V.
BbgPsychKG Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen sowie über den Vollzug

gerichtlich angeordneter Unterbringung für psychisch kranke und seelisch behinderte Menschen im Land Brandenburg – Brandenburgisches Psychisch-Kranken-Gesetz (vom 05.05.2009,

zuletzt geändert am 25.01.2016)

BTHG Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von

Menschen mit Behinderungen – Bundesteilhabegesetz

BZgA Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

Destatis Statistisches Bundesamt EGH Eingliederungshilfe Europäische Union

EUTB Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung EvB gGmbH Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH

FaZIT Fachberatungsdienst Zuwanderung, Integration und Toleranz

FB Fachbereich

FBD Fachberatungsdienst Migrationssozialarbeit

FF Federführung
GB Geschäftsbereich

G-BA Gemeinsamer Bundesausschuss

GBE Gesundheitsberichterstattung des Bundes

GKV Gesetzliche Krankenversicherung
GPV Gemeindepsychiatrischer Verbund

GSI Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion
GU Gemeinschaftsunterkunft/Gescheimschaftsunterkünfte

HPÜ Heilpraktikerüberprüfung

HzL Hilfe zum Leben

ICD-10 International Statistical Classification of Diseases and Related Health

Problems - Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten

und verwandter Gesundheitsprobleme

KBS Kontakt- und Beratungsstelle für Menschen mit psychischen Störungen

LASV Landesamt für Soziales und Versorgung

LHP Landeshauptstadt Potsdam

MASGF Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des

Landes Brandenburg

o. J. ohne Jahr

PKV Private Krankenversicherung

PLuS Potsdamer Lern- und Unterstützungssysstem für schulbezogene

Jugendhilfeleistungen an den Schulen im Rahmen des Gesamtkonzept

Schule - Jugendhilfe der LHP

PSAG Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft

RKI Robert Koch-Institut

RPK Rehabilitationseinrichtung für Menschen mit psychischen Störungen

RV Gesetzliche Rentenversicherung

SEKIZ Selbsthilfe-, Kontakt- und Informationszentrum e.V.

SHG Selbsthilfegruppen

SOGU-Runde Sozialarbeitende und Gemeinschaftsunterkunfts-Runde

SpDi Sozialpsychiatrischer Dienst

SPZ Sozialpädiatrisches Zentrum (Klinikum Westbrandenburg GmbH)

StVV Stadtverordnetenversammlung
WfbM Werkstatt für behinderte Menschen

WHO World Health Organization – Weltgesundheitsorganisation als

Sonderorganisation der Vereinten Nationen

Einführung

Die seelische¹ und physische Gesundheit sind gleichermaßen wichtig für das Wohlbefinden der Menschen (World Health Organization – Weltgesundheitsorganisation als Sonderorganisation der Vereinten Nationen – WHO, 2014). Im Europäischen Pakt für psychische Gesundheit und Wohlbefinden wird seelische Gesundheit als ein Menschenrecht anerkannt (Europäische Union – EU & WHO, 2008). Die seelische Gesundheit ist maßgeblich mit Lebensqualität verbunden und "wirkt sich positiv auf Lernen, Arbeiten und eine aktive Teilnahme an der Gesellschaft aus" (EU & WHO, 2008). "In modernen Industrie-, Dienstleistungs- und Wissensgesellschaften treten körperliche Kraft und Ausdauer in den Hintergrund und mentale Leistungen in den Vordergrund", wodurch psychische Störungen² und Beeinträchtigungen immer mehr an Bedeutung erlangen (Engelhardt & Kajetzke, 2010 nach Robert Koch-Institut – RKI, 2015, S. 112).

2018³ Potsdam dient Das *Psychiatriekonzept* der Landeshauptstadt der Gesundheitsberichterstattung zur Erhebung der Versorgungssituation von Menschen mit psychischen Störungen und ist Grundlage für die Gesundheitsplanung und bedarfsgerechten Steuerung in Bezug auf die seelische Gesundheit und psychiatrische sowie psychosoziale Versorgung in der Landeshauptstadt Potsdam (LHP). Im November 2017 wurde das Psychiatriekonzept der Stadtverordnetenversammlung (StVV) der LHP als Mitteilung vorgelegt. Das Konzept wurde an den entsprechenden Fachausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion (GSI) verwiesen und der GSI hat die Mitteilungsvorlage am 21. November 2017 zur Kenntnis genommen. Das Psychiatriekonzept gliedert sich in sechs Kapitel: Theoretischer Hintergrund, Datengrundlage, Versorgung in der Landeshauptstadt Potsdam, Zusammenwirken der Beteiligten, Bedarfslagen in der Landeshauptstadt Potsdam und Empfehlungen.

Am 16. Januar 2018 fand die Fachtagung Psychiatrie für die interessierte Öffentlichkeit statt. Neben dem Psychiatriekonzept der LHP wurde auch die stationsäquivalente psychiatrische Behandlung, also die psychiatrische Behandlung im häuslichen Umfeld, vorgestellt. Am Beispiel der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG) wurde die Zusammenarbeit der an der Versorgung beteiligten Akteure in der LHP dargestellt. Als ein möglicher Ausblick der Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen der Beteiligten wurde das Modell des Gemeindepsychiatrischen Verbundes (GPV) sowie ein entsprechendes Praxisbeispiel erläutert.

Die LHP hat entsprechend § 7 Abs. 4 Satz 2 Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen sowie über den Vollzug gerichtlich angeordneter Unterbringung für psychisch kranke und seelisch behinderte Menschen im Land Brandenburg – Brandenburgisches Psychisch-Kranken-Gesetz (BbgPsychKG⁴) das Votum der PSAG bei Entscheidungen für eine gemeindenahe und bedarfsgerechte psychiatrische Versorgung zu hören. Hierzu haben mit

5 |

¹ Die Begriffe seelische Gesundheit und psychische Gesundheit werden synonym verwendet.

² Die Begrifflichkeiten psychische Störung, psychiatrische Störung, psychische Erkrankung und psychische Krankheit werden im Maßnahmenplan synonym verwendet. In Anlehnung an die International Statistical Classification of Diseases and Related Health Problems - Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme (ICD-10) wird der Begriff psychische Störung verwendet.

³ Drucksache-Nr. 17/SVV/0810

⁴ Das BbgPsychKG wird aktuell novelliert.

Unterstützung der WerkStadt für Beteiligung zwei Kick-off-Veranstaltungen, die erste am 21. Februar 2018 und die zweite am 24. April 2018, stattgefunden. Bei der zweiten Kick-off-Veranstaltung wurde von Seiten des Sprecher*innenrates der PSAG in Abstimmung mit der WerkStadt für Beteiligung ein Vorschlag zur Weiterbearbeitung der Themen anhand von temporären Arbeitsgruppen (AG) vorgestellt. Die temporären AG orientieren sich thematisch zum einen an den Empfehlungen aus dem Psychiatriekonzept und zum anderen fand eine Ergänzung durch zwei temporäre AG (*Maßnahmen des Verwaltungshandelns* und *Weitere Themen*) statt. Die Aufgabe der temporären AG bestand darin, die Empfehlungen aus dem Psychiatriekonzept zu diskutieren, anzupassen und ggf. neue Maßnahmen zum jeweiligen (Lebens-)Bereich zu entwickeln. In Tabelle 1 ist die Übersicht der einzelnen AG hinterlegt. Für die Weiterbearbeitung der Themen in den AG stand eine Moderation von Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V. zur Verfügung. Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V. hat das Rahmenprojekt "Stärkung der Patientenrechte in der psychiatrischen Versorgung im Land Brandenburg" inne. Ein Teilprojekt ist die "Vernetzung psychiatrischer Hilfen auf kommunaler Ebene im Land Brandenburg"⁵.

Tabelle 1: Übersicht der temporären AG

AG 1: Organisationsentwicklung				
11.06.2018	29.06.2018 *			
AG 2: Maßnahmen des Verwaltung	shandelns			
18.06	2018 *			
AG 3: "Gesunde Kinder und Familien" und "Gesunde Jugend"				
25.06.2018 *	13.07.2018 *			
AG 4: "Arbeit und Beschäftigung"				
26.06	5.2018			
AG 5: "Gesunde Lebensmitte" und	I "Gesundes Altern"			
14.06.2018	11.07.2018 *			
AG 6: Weitere Themen				
27.06.2018	27.08.2018 *			

^{*} ohne Moderation

Der vorliegende Maßnahmenplan ist entsprechend der AG in folgende (Lebens-)Bereiche gegliedert:

- 1. Bereich Kommune und Öffentlichkeit
- 2. Lebensbereich "Gesunde Kinder und Familien" und "Gesunde Jugend"
- 3. Lebensbereich Arbeit und Beschäftigung
- 4. Lebensbereich Wohnen
- 5. Lebensbereich "Gesunde Lebensmitte" und "Gesundes Altern"
- 6. Ziele ohne direkte Einflussnahmemöglichkeit der LHP

Die Übersicht der einzelnen Ziele in den (Lebens-)Bereichen folgt im nächsten Kapitel (vgl. S. 8). Der Vorschlag für die Prioritätensetzung der einzelnen Maßnahmen wurde durch die Verwaltung vorgenommen. Ergänzend wurden die Vorschläge zur Priorisierung einzelner

-

⁵ Beide Projekte werden vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (MASGF) gefördert.

Ziele und Maßnahmen aus den temporären AG hinzugezogen. Die einzelnen Ziele und Maßnahmen werden sog. Kernzielen mit höchster Priorität, Zielen mit hoher und mittlerer Priorität zugeordnet. Der Maßnahmenplan ist der erste Plan für die psychosoziale und psychiatrische Versorgung der LHP. Die einzelnen Ziele und Maßnahmen sind aus fachlicher Sicht für eine nachhaltige Gemeindepsychiatrie erforderlich. Die Ziele und Maßnahmen werden sukzessive umgesetzt, wofür um entsprechende unterstützende Kooperationen geworben wird (vgl. Ziel-Maßnahmen-Matrix).

Das Votum der PSAG wurde am 19. September 2018 zum Entwurf des Maßnahmenplan (Stand vom 04.09.2018) eingeholt: Von insgesamt 18 stimmberechtigten Mitgliedern stimmten insgesamt 14 stimmberechtigte Mitglieder dafür, dass der Maßnahmenplan in den weiteren Verwaltungsgang gegeben wird. Es enthielten sich insgesamt vier stimmberechtigte Mitglieder.

Der Maßnahmenplan wird unter Berücksichtung der finanziellen und personellen Auswirkungen und eingestellten Mittel für die Haushaltsjahre 2018/19 und 2020/21 als Beschlussvorlage in die StVV der LHP eingebracht. Die Mittel für die Maßnahmen 2018/2019 sind im Doppelhaushalt unter der Produktbezeichnung "Gesunde Landeshauptstadt" im Produkt 4140 Unterproduktnummer 41401 finanziell hinterlegt. In diesem Produkt sind die Mittel für 2020/21 im Doppelhaushalt 2020/21 zu verorten.

Über den Umsetzungsstand wird regelhaft und anlassbezogen im GSI und in der PSAG berichtet. Entsprechend des Gesundheitspolitischen Aktionszyklus wird Ende 2021 eine Bestandsaufnahme im Sinne der Evalution der Zielerreichung vorgenommen (vgl. Abbildung 1). Diese Ergebnisse der Bestandsaufnahme werden im GSI und in der PSAG vorgestellt. Falls im Zeitverlauf Anpassungen und Ergänzungen der Ziele und Maßnahmen erforderlich sind, werden diese entsprechend vorgenommen.

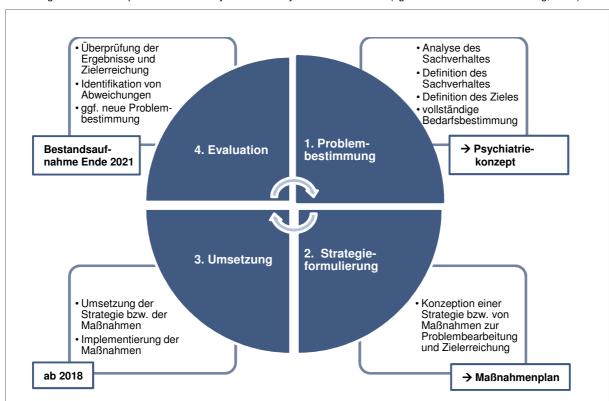


Abbildung 1: Gesundheitspolitischer Aktionszyklus in der Psychiatriekoordination (vgl. nach Rosenbrock & Hartung, 2015)

Übersicht der (Lebens-)Bereiche und Ziele

Kommur	ne und Öffentlichkeit	Rang folge
Ziel 1.1	Optimierung der kommunalen Daseinsvorsorge in der psychiatrischen und psychosozialen Versorgung	1
Ziel 1.2	Etablierung einer Datengrundlage in der Psychiatriekoordination	2
Ziel 1.3	Verbesserung der Informationen für Bürger und Bürgerinnen zu seelischer Gesundheit	1
Ziel 1.4	Empowerment von Menschen mit psychischen Störungen	3
Ziel 1.5	Sensibilisierung der Öffentlichkeit zum Thema seelische Gesundheit	2
Ziel 1.6	Sensibilisierung zum Thema Suizidprävention	1
Ziel 1.7	Verbesserung der gemeindepsychiatrischen Versorgungssituation von Menschen mit Doppeldiagnosen in der LHP	2
Ziel 1.8	Schaffung von alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit psychischen Störungen innerhalb der Verwaltung	3
Lebensb	ereich "Gesunde Kinder und Familie" und "Gesunde Jugend"	
Ziel 2.1	Förderung der seelischen Gesundheit von Kindern in der Lebenswelt Kita	1
Ziel 2.2	Sensibilisierung für seelische Gesundheit in der Lebenswelt Schule	2
Ziel 2.3	Förderung der seelischen Gesundheit der Kinder von Eltern mit einer psychischen Störung	1
Ziel 2.4	Verbesserung der Informationslage zu Angeboten zum Thema Kinder von Eltern mit einer psychischen Störung	2
Ziel 2.5	Förderung der Zusammenarbeit zwischen Fachkräften im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe und Psychiatrie	3
Ziel 2.6	Diskussion zu Patenschaften für Kinder von chronisch/psychisch erkrankten Eltern	3
Lebensb	ereich Arbeit und Beschäftigung	
Ziel 3.1	Schaffung alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit psychischen Störungen	1
Ziel 3.2	Verbesserung der Rahmenbedingungen für Genesungsbegleiter und Genesungsbegleiterinnen	2
Ziel 3.3	Verbesserung des Informationsstandes zum Thema Arbeit und Beschäftigung für Menschen mit psychischen Störungen	2
Ziel 3.4	Prävention durch tagesstrukturierende Angebote für Menschen in sog. "Wartephasen"	3
Ziel 3.5	Verbesserung des Zugangs zum Budget für Arbeit	3
Lebensb	ereich Wohnen	
Ziel 4.1	Schaffung eines niederschwelligen Wohnangebotes für Menschen mit schweren psychischen Störungen	2
Lebensb	ereich "Gesunde Lebensmitte" und "Gesundes Altern"	
Ziel 5.1	Verstetigung der KBS für Menschen mit psychischen Störungen	1
Ziel 5.2	Verstetigung des Angebotes "Antidepressiva – das andere Kabarett"	2
Ziel 5.3	Unterstützung der Angehörigen bzw. des nahen sozialen Umfeldes	1
Ziel 5.4	Förderung der Gesundheit von Angehörigen bzw. des nahen sozialen Umfeldes	3
Ziel 5.5	Förderung der seelischen Gesundheit von geflüchteten Menschen	3
Ziel 5.6	Schaffung eines Informationsstandes zu Unterstützungsangeboten für Opfer von Gewalt- und Sexualstraftaten	3
Ziel 5.7	Sicherstellung der sozialpädagogischen Begleitung für Opfer von Gewalt- und Sexualstraftaten	2

Ziel 5.8	Förderung der Gesundheitskompetenz von Senioren und Seniorinnen zu seelischer Gesundheit	2
Ziel 5.9	Sicherstellung von AuA für Menschen mit einer psychischen Störung	2
Ziele ohne direkte Einflussnahmemöglichkeiten der LHP		
Ziel 6.1	Verortung einer RPK in der LHP	
Ziel 6.2	Verbesserung der Versorgung durch psychiatrische häusliche Krankenpfle der LHP	ge in

Legende: mögliche Rangfolge der Umsetzung			
1 = höchste Priorität/Kernziel 2 = hohe Priorität 3 = mittlere Priorität		3 = mittlere Priorität	

In den folgenden Kapiteln werden die einzelnen Ziele und Maßnahmen entsprechend des jeweiligen (Lebens-)Bereiches beschrieben und begründet.

Bereich Kommune und Öffentlichkeit

Ziel 1.1: Optimierung der kommunalen Daseinsvorsorge in der psychiatrischen und psychosozialen Versorgung	
Maßnahme	Organisationsentwicklung der PSAG und Installieren eines GPV in der LHP mithilfe eines extern moderierten Verfahrens inkl. Beteiligung der Akteure in Diskussions- und Entscheidungsprozesse.
Begründung	Aktuell gibt es in der LHP auf institutioneller Ebene noch keine verbindlichen Kooperations- und Vernetzungsstrukturen. Die Initiierung und Etablierung eines GPV ist unabdingbar erforderlich, um eine optimale personenzentrierte Versorgung zu gewährleisten. Die Perspektiven und Bedürfnisse von Psychiatrieerfahrenen und Angehörigen sind wahrzunehmen und zu berücksichtigen.
Zielgruppe	Psychiatrieerfahrene und Angehörige; alle Akteure, die in der psychosozialen, psychiatrischen Versorgung und Suchtprävention in der LHP beteiligt sind
Zeitplan	Ab 2. Quartal 2018
Priorität	1 = höchste Priorität ⊠ 2 = hohe Priorität □ 3 = mittlere Priorität □
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG Planung und Steuerung - 3801)
	1 - ,
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	Beirat für Menschen mit Behinderung Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrischer Verbünde e.V. (BAG GPV) Büro für Chancengleichheit und Vielfalt (904) Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik sowie Kinderund Jugendpsychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik (Klinikum EvB) Koordination für Suchtprävention (AG 3801) PSAG
Anzustrebende unterstützende	Beirat für Menschen mit Behinderung Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrischer Verbünde e.V. (BAG GPV) Büro für Chancengleichheit und Vielfalt (904) Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik sowie Kinderund Jugendpsychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik (Klinikum EvB) Koordination für Suchtprävention (AG 3801)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	Beirat für Menschen mit Behinderung Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrischer Verbünde e.V. (BAG GPV) Büro für Chancengleichheit und Vielfalt (904) Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik sowie Kinderund Jugendpsychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik (Klinikum EvB) Koordination für Suchtprävention (AG 3801) PSAG

Ziel 1.2: Etablier	ung einer Datengrundlage in der Psychiatriekoordination
Maßnahme	Zur Verbesserung der internen Datenqualität findet ein regelmäßiger Austausch zwischen dem Controlling des Fachbereichs (FB) Soziales und Gesundheit und der Psychiatriekoordination statt. Zudem wird eine Datenbank mit relevanten Kennzahlen entwickelt.
Begründung	Die Beantwortung von Fragestellungen, Bedarfsermittlungen, Planungen und Gesundheitsberichterstattung der Psychiatrie-koordination sind durch das vorhandene Datenmaterial aktuell nur partiell abzubilden. Um dies zu gewährleisten, Verlaufsveränderungen sowie Wirkungskontrollen darstellen zu können, ist eine Datenbank notwendig.
Zielgruppe	StVV
Zeitplan	Ab 2019
Priorität	1 = höchste Priorität □ 2 = hohe Priorität □ 3 = mittlere Priorität □
Zuständigkeit	Federführung (FF): Controlling FB 38 Psychiatriekoordination (AG 3801) Koordination für Suchtprävention (AG 3801)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	Beirat für Menschen mit Behinderung der LHP Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren (384) Bereich Öffentlicher Gesundheitsdienst (385) mit SpDi (3856) Bereich Soziale Leistungen und Integration (383) Bereich Wohnen (382) Büro für Chancengleichheit und Vielfalt (904) Gesundheits- und Sozialplanung (AG 3801)
Finanzrahmen	Keine zusätzlichen Kosten, laufende Personalkosten
Kriterien der Zielerreichung	+1 (mehr als erwartet): Eine Datenbank, die Auswertungen, Bedarfsermittlungen und Planungen ermöglicht, wurde entwickelt und wird fortlaufend angepasst. 0 (erwartetes Ergebnis): Die Datenbank ist in der Entwicklung1 (weniger als erwartet): Es wurde keine Datenbank entwickelt.
Evaluation	Halbjährlicher Evaluationstermin mit dem Controlling des FB 38 und der AG 3801 sowie mit der Psychiatriekoordination, um die Datenbank fortlaufend zu optimieren.

Ziel 1.3: Verbesserung der Informationen für Bürger und Bürgerinnen zu seelischer Gesundheit	
Maßnahme	Entwicklung, Installation und fortlaufende Bekanntmachung eines online-basierten barrierearmen Wegweisers zu psychosozialen, psychiatrischen und (sucht-)präventiven Angeboten in der LHP. Ergänzend wird ein sog. Notfallkontakt-Flyer entwickelt und veröffentlicht.
Begründung	Es gibt aktuell keinen Überblick über das psychosoziale und psychiatrische Versorgungsangebot in der LHP. Damit Bürger und Bürgerinnen schnell und zielorientiert Angebote finden, ist ein onlinebasierter barrierearmer Wegweiser für die Website <i>Potsdam.de</i> zu entwickeln, zu installieren und bekannt zu machen.
Zielgruppe	Potsdamer und Potsdamerinnen, Fachkräfte
Zeitplan	2018 Entwicklung und Veröffentlichung; ab 2019 fortlaufende Bekanntmachung und Anpassung
Priorität	1 = höchste Priorität ☑ 2 = hohe Priorität ☐ 3 = mittlere Priorität ☐
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801) Koordination für Suchtprävention (AG 3801)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	AG Wohnungssicherung (3821) Beirat für Menschen mit Behinderung der LHP Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren (384) Bereich IT-Steuerung und -Gesamtsteuerung (141) Bereich Öffentlicher Gesundheitsdienst (385) mit SpDi (3856) Büro für Chancengleichheit und Vielfalt (904) FB Kinder, Jugend und Familie (35) Bereich Presse und Kommunikation (924) PSAG Träger der Freien Wohlfahrtspflege und weitere Fachkräfte
Finanzrahmen	Sachkosten: 2.500 € pro Jahr (ab 2018)
Kriterien der Zielerreichung	 +1 (mehr als erwartet): Der Wegweiser ist erstellt, verständlich aufgearbeitet (benutzerfreundlich und benutzerspezifisch), online zugänglich, barrierearm und in Potsdam bekannt. 0 (erwartetes Ergebnis): Der Wegweiser ist erstellt, verständlich aufgearbeitet und online zugänglich. -1 (weniger als erwartet): Der Wegweiser ist unverständlich und der Online-Zugang ist nur eingeschränkt möglich.
Evaluation	jährliche Auswertung der Nutzerzahlen des Online-Wegweisers

Ziel 1.4: Empowe	erment von Menschen mit psychischen Störungen
Maßnahme	Fachlich-inhaltliche Diskussion (z.B. im Rahmen eines Fachtags) zum Thema ehrenamtliches Engagement mit Psychiatrieerfahrenen und Akteuren der Gemeindepsychiatrie zur Stärkung des Empowerments. Entwicklung einer gemeinsamen Haltung zu Möglichkeiten, Grenzen und Ausgestaltung wie ehrenamtliches Engagement von Menschen mit psychischen Störungen als Möglichkeit des Empowerments strukturiert sein kann. Zugleich Beantwortung der Frage, wie mithilfe von ehrenamtlichem Engagement Stigmatisierung z.B. von Good-Practice-Beispielen reduziert werden kann.
Begründung	Sich als Mensch mit einer psychischen Störung selber ehrenamtlich zu engagieren und nicht "nur Nutzer" zu sein, fördert sich selbst zu befähigen. Außerdem können durch Begegnungen Vorurteile am wirksamsten reduziert werden (Rüesch, 2005). Bisher gibt es nur wenige öffentlichkeitswirksame Angebote (z.B. Kabarett Antidepressiva), bei dem sich Menschen mit einer psychischen Störung selber ehrenamtlich engagieren und mit anderen in Kontakt kommen können. Durch ehrenamtliches Engagement wird auch das Selbstwertgefühl gesteigert.
Zielgruppe	Potsdamer und Potsdamerinnen mit psychischen Störungen und deren Angehörige, Fachkräfte
Zeitplan	2020
Priorität	1 = höchste Priorität □ 2 = hohe Priorität □ 3 = mittlere Priorität □
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	Allianz für die Selbsthilfe Beirat für Menschen mit Behinderung Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren (384) Büro für Chancengleichheit und Vielfalt (904) PSAG SEKIZ SpDi (3856)
Finanzrahmen	Sach- und Honorarkosten: 8.000 € (2021)
Kriterien der Zielerreichung	+1 (mehr als erwartet): Die fachlich-inhaltliche Diskussion hat stattgefunden und eine gemeinsame Haltung wurde abgeleitet. 0 (erwartetes Ergebnis): Die fachlich-inhaltliche Diskussion hat stattgefunden und es konnte keine gemeinsame Haltung abgeleitet werden -1 (weniger als erwartet): Die fachlich-inhaltliche Diskussion hat nicht stattgefunden.
Evaluation	Systematische Erfassung und Auswertung des ehrenamtlichen Engagements für und von Menschen mit psychischen Störungen

Ziel 1.5: Sensibilisierung der Öffentlichkeit zum Thema seelische Gesundheit	
Maßnahme	Anlässlich des Internationalen Tages der seelischen Gesundheit (10. Oktober) werden jährlich mit unterschiedlichen öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen Informationen zum Thema seelische Gesundheit und möglichen Anlaufstellen (z.B. SpDi) verteilt. Hierfür sind einfache Sprache sowie ergänzend im Jahresverlauf bereits etablierte Veranstaltungen für die Informationsweitergabe zu nutzen.
Begründung	Themen wie seelische Gesundheit und psychische Störungen werden teilweise noch tabuisiert. Durch die Information kann eine fortlaufende Sensibilisierung für die Thematik und möglicherweise eine frühzeitige Inanspruchnahme von Hilfen gefördert werden. Durch Informationen in den öffentlichen Verkehrsmittel können die verschiedenen Altersgruppen und soziale Milieus erreicht werden.
Zielgruppe	Potsdamer und Potsdamerinnen
Zeitplan	- jährlich anlässlich des <i>Internationalen Tages der seelischen Gesund-heit</i> am 10. Oktober - ergänzend im Jahresverlauf
Priorität	1 = höchste Priorität □ 2 = hohe Priorität □ 3 = mittlere Priorität □
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)
Zuständigkeit Anzustrebende unterstützende Kooperationen	Psychiatriekoordination (AG 3801) Beirat für Menschen mit Behinderung der LHP Bereich Marketing (926) Bereich Presse und Kommunikation (924) Büro für Chancengleichheit und Vielfalt (904) PSAG SpDi (3856) Pflegestützpunkt
Anzustrebende unterstützende	Beirat für Menschen mit Behinderung der LHP Bereich Marketing (926) Bereich Presse und Kommunikation (924) Büro für Chancengleichheit und Vielfalt (904) PSAG SpDi (3856)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	Beirat für Menschen mit Behinderung der LHP Bereich Marketing (926) Bereich Presse und Kommunikation (924) Büro für Chancengleichheit und Vielfalt (904) PSAG SpDi (3856) Pflegestützpunkt

Ziel 1.6: Sensibil	isierung zum Thema Suizidprävention
Maßnahme	Fachlich-inhaltlicher Diskurs (z.B. Fachtag) mit den Potsdamer Akteuren der Gemeindepsychiatrie und Experten zur Entwicklung, Auswahl und Etablierung von evidenzbasierter Suizidprävention unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Zielgruppen (z.B. Jugendliche/junge Erwachsene, Männer im mittleren Alter und Senioren) sowie unter Berücksichtigung von sozioökonomischen Aspekten und unterschiedlichen Lebenswelten.
Begründung	In der Altersgruppe der 15- bis unter 30-Jährigen ist Suizid die häufigste Todesursache (GBE, 2017). Die Altersgruppen der 45- bis 60-jährigen Männer zeigen die größten Häufigkeiten von Suiziden (Destatis, 2016).
Zielgruppe	Potsdamer und Potsdamerinnen
Zeitplan	2019
Priorität	1 = höchste Priorität ⊠ 2 = hohe Priorität □ 3 = mittlere Priorität □
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	Beirat für Menschen mit Behinderung Experten aus dem Bereich Suizidprävention Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik sowie Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik sowie PNA (Klinikum EvB) PSAG Seniorenbeirat SpDi (3856)
Finanzrahmen	Sach- und Honorarkosten: 8.000 € (2019)
Kriterien der Zielerreichung /	 +1 (mehr als erwartet): Es konnte mit den unterstützenden Kooperationen eine gemeinsame Strategie und Zielsetzung entwickelt werden. 0 (erwartetes Ergebnis): Es fand ein fachlich-inhaltlicher Diskurs zum Thema Suizidprävention statt. -1 (weniger als erwartet): Es fand kein fachlich-inhaltlicher Diskurs zum Thema Suizidprävention statt.
Evaluation	Erfassung und Auswertung des Diskurses

	erung der gemeindepsychiatrischen Versorgungssituation aschen mit Doppeldiagnosen in der LHP
Maßnahme	In der AG Planung und Steuerung (AG 3801) wird gemeinsam mit der Koordination für Suchtprävention, der Gesundheits- und Sozialplanung sowie der Psychiatriekoordination ein Bericht über die Versorgungssituation von Menschen mit Doppeldiagnosen erstellt. Durch die Gesundheitsberichterstattung werden Rückschlüsse gezogen, um die Versorgungssituation zu verbessern.
Begründung	Aktuell existiert in der LHP kein ausführlicher Sachstand über die Versorgungsituation von Menschen mit Doppeldiagnosen (Sucht in Kombination mit anderen psychischen Störungen bzw. anderen Behinderungen).
Zielgruppe	StVV
Zeitplan	2019
Priorität	1 = höchste Priorität □ 2 = hohe Priorität □ 3 = mittlere Priorität □
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801) Koordination für Suchtprävention (AG 3801) Gesundheits- und Sozialplanung (AG 3801)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	3821 Arbeitsgruppe Wohnungssicherung (3821) Beirat für Menschen mit Behinderung der LHP Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren (384) Büro für Chancengleichheit und Vielfalt (904) Koordination für BTHG (AG 3801) PSAG Seniorenbeirat SpDi (3856) Statistik und Wahlen (156)
Finanzrahmen	Sach- und Honorarkosten: 10.000 € (2020)
Kriterien der Zielerreichung /	+1 (mehr als erwartet): Die Gesundheitsberichterstattung ist erfolgt. Ein Fachtag zu dem Themenschwerpunkt hat stattgefunden. Die partizipativ entwickelten Ergebnisse und die entsprechenden Rückschlüsse finden sich in dem Bericht wieder. 0 (erwartetes Ergebnis): Die Gesundheitsberichterstattung ist erfolgt. -1 (weniger als erwartet): Die Gesundheitsberichterstattung ist nicht erfolgt.
Evaluation	Es wird eine Bewertung der Ergebnisse vorgenommen und entsprechender Handlungsbedarf abgeleitet.

	ing von alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten für nen mit psychischen Störungen innerhalb der Verwaltung
Maßnahme	Die Möglichkeiten der Verwirklichung von Maßnahmen zur Tagesstrukturierung bzw. Beschäftigung (z.B. Bundesfreiwilligendienst oder Budget für Arbeit nach dem BTHG) von Menschen mit psychischen Störungen in der Verwaltung werden erörtert.
Begründung	Die Verwaltung soll ein Vorbild sein und sich gemäß des Leitbildes "Eine Stadt für Alle" für Inklusion einsetzen und somit auch für Menschen mit psychischen Störungen Möglichkeiten der beruflichen Teilhabe vorhalten.
Zielgruppe	Menschen mit psychischen Störungen, die berufliche Teilhabe wollen; Stadtverwaltung der LHP
Zeitplan	2019
Priorität	1 = höchste Priorität □ 2 = hohe Priorität □ 3 = mittlere Priorität □
Zuständikeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	Beirat für Menschen mit Behinderung Bereich Personal und Organisation (932) Büro für Chancengleichheit und Vielfalt (904) Fachstelle Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung (3001) Koordination für BTHG (AG 3801)
Finanzrahmen	Zunächst keine weiteren Kosten, laufende Personalkosten
Kriterien der Zielerreichung	+1 (mehr als erwartet): Es fanden Erörterungen mit den verschiedenen Akteuren statt und es konnten Umsetzungsideen
	 entwickelt werden. Die Initiierung hat begonnen. 0 (erwartetes Ergebnis): Es fanden Erörterungen mit den verschiedenen Akteuren in der Verwaltung statt. -1 (weniger als erwartet): Es fanden keine Erörterungen statt.

Lebensbereich "Gesunde Kinder und Familien" und "Gesunde Jugend"

Ziel 2.1: Förderung der seelischen Gesundheit von Kindern in der Lebenswelt Kindertagesbetreuung

Maßnahme	Initiierung und Durchführung von evaluierten Eltern-Programmen an Kitas zur Förderung der seelischen Gesundheit von Kindern, auch unter Berücksichtung des interkulturellen Ansatzes durch das Projekt "Schatzsuche". Ein solches Eltern-Programm sollte in die Präventionskette des Netzwerkes "Gesunde Kinder und Familien" eingebunden werden. Aktuell gibt es in Potsdam 5 Kitas, die bereits "Schatzsuche-Kita" sind. Grundsätzlich sind die Themen Förderung der seelischen Gesundheit stärker in die Angebote (z.B. Baby-Begrüßungsdienst) des Netzwerkes "Gesunde Kinder und Familien" zu verorten.
Begründung	Die BELLA-Studie zeigt, dass bei rund 22% der befragten Kinder und Jugendlichen im Alter von 7 – 17 Jahren Hinweise auf psychische Auffälligkeiten vorhanden waren (Ravens-Sieberer, 2017). Deshalb ist eine frühzeitige Sensibilisierung der Eltern für die Stärken und Schutzfaktoren ihrer Kinder durch die Erzieher und Erzieherinnen im Sinne der Ressourcenorientierung wichtig. Die Auseinandersetzung der Eltern mit den Stärken und Schutzfaktoren stellt einen wichtigen Aspekt für die Resilienz ihrer Kinder dar und ist eine Voraussetzung für die seelische Gesundheit auch im weiteren Leben. Ein optimaler Zugang zu Angeboten der Förderung seelischer Gesundheit könnte über Kitas, als aufzubauende Familienzentren ⁶ , geschaffen werden.
Zielgruppe	Erzieher und Erzieherinnen, Eltern und Kinder von 0 – 6 Jahren
Zeitplan	1. Halbjahr 2019 und voraussichtlich 2. Halbjahr 2020
Priorität	1 = höchste Priorität ⊠ 2 = hohe Priorität ☐ 3 = mittlere Priorität ☐
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801) AG Kommunale Gesundheitsförderung/Landesgeschäftsstelle HPÜ (3851)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	AG EGH für Kinder und Jugendliche (3844) AG LeRiKo (Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Lebens-Risiko-Konsumkompetenz) FB Kinder, Jugend und Familie (FB 35) Kindertagesbetreuung Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik (Klinikum EvB)

_

⁶ Verweis auf den *Maßnahmenplan zur Sicherung der Chancengerechtigkeit für alle Kinder in der LHP* und den *Jugendhilfeplan* von FB 35

	Netzwerk "Gesunde Kinder und Familie" der LHP PSAG SpDi (3856) SPZ (Klinikum Westbrandenburg GmbH)
Finanzrahmen	Sachkosten: 1.000 € (2019 und 2020)
Kriterien der Zielerreichung	 +1 (mehr als erwartet): Es gibt in Potsdam mehr als 20 Kitas mit dem Zertifikat "Schatzsuche-Kita". 0 (erwartetes Ergebnis): Es gibt in Potsdam mehr als 8 Kitas mit dem Zertifikat "Schatzsuche-Kita". -1 (weniger als erwartet): Es gibt in Potsdam weniger als 8 Kitas mit dem Zertifikat "Schatzsuche-Kita".
Evaluation	Erfassung der zertifizierten "Schatzsuche-Kitas" in der LHP

Ziel 2.2: Sensik	pilisierung für seelische Gesundheit in der Lebenswelt Schule
Maßnahme	Initiierung von Pilotprojekten/Projekttagen an Schulen zu seelischer Gesundheit. Positionierung des Themas bei bereits etablierten Veranstaltungen für Potsdamer Schüler und Schülerinnen (Schülergesundheitstage oder Komm auf Tour – Meine Stärken, Meine Zukunft der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung – BZgA).
Begründung	Psychische Störungen beginnen meistens vor dem 20. Lebensjahr (Herpertz-Dahlmann et al., 2013) und beeinflussen die Lebensqualität und den Schul- und Ausbildungserfolg. Mithilfe von Gesundheitsförderung im Bereich der seelischen Gesundheit sollen Ängste und Vorurteile abgebaut, sowie Stigmatisierung, Ausgrenzung und Diskriminierung reduziert werden. Des Weiteren ist es wichtig, auch für mögliche Krisen Zuversicht und Lösungswege zu vermitteln und das Wohlbefinden zu fördern.
Zielgruppe	Schüler und Schülerinnen ab der 1. Klasse sowie ihre Eltern und ihre Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher im Hort bzw. in verlässlichen Halbtagsschulen Schulsozialarbeit in Potsdam
Zeitplan	Ab 2019 fortlaufend
Priorität	1 = höchste Priorität □ 2 = hohe Priorität □ 3 = mittlere Priorität □
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801) AG Kommunale Gesundheitsförderung/Landesgeschäftsstelle HPÜ (3851)
Zuständigkeit Anzustrebende unterstützende Kooperationen	
Anzustrebende unterstützende	AG Kommunale Gesundheitsförderung/Landesgeschäftsstelle HPÜ (3851) AG LeRiKO Büro für Chancengleichheit und Vielfalt (904) FB Kinder, Jugend und Familie (FB 35) Freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe Kindertagesbetreuung Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik (Klinikum EvB) PSAG Schulen Schulsozialarbeit SpDi (3856)

_

Potsdamer Lern- und Unterstützungssysstem für schulbezogene Jugendhilfeleistungen an den Schulen der LHP im Rahmen des Gesamtkonzeptes Schule - Jugendhilfe der LHP (Drucksache-Nr. 15/SVV/0449)

	Schulen statt. 0 (erwartetes Ergebnis): Es finden Projekte zum Thema seelische Gesundheit im Rahmen von bereits etablierten Veranstaltungen für Potsdamer Schulen statt. -1 (weniger als erwartet): Es finden keine Projekttage oder Projekte zum Thema seelische Gesundheit in Potsdamer Schulen oder in bereits etablierten Veranstaltungen statt.
Evaluation	Systematische Erhebung und Auswertung der stattgefundenen Veranstaltungen

Ziel 2.3: Förderung der seelischen Gesundheit der Kinder von Eltern mit einer psychischen Störung		
Maßnahme	Initiierung und Etablierung eines Gruppenangebotes zur Förderung der seelischen Gesundheit und Resilienz der Kinder von Eltern mit einer psychischen Störung entlang ihrer Biografien. Dabei sind die evidenzbasierten Erkenntnisse der BELLA-Kohortenstudie des RKI z.B. zu Faktoren der Gesunderhaltung bei Kindern psychisch belasteter Eltern maßgeblich zu berücksichtigen. Ergänzende Elternprogramme sind ebenfalls wichtig. Das Thema Kinder von psychisch erkrankten Eltern ist in vorhandene Netzwerkstrukturen verbindlich zu verorten.	
Begründung	Psychische Störungen von Eltern stellen einen großen Risikofaktor für Kinder dar, später auch eine psychische Störung auszubilden (Plass et al., 2016). Angebote sind für diese Zielgruppe zu forcieren, um mögliche Folgen bestmöglich abzuwenden und die Lebensqualität der Kinder von psychisch kranken Eltern und ihren Eltern zu fördern. Dies bezieht sich auch auf Kinder, die noch keine weiteren Hilfen im Rahmen des FB 35 und FB 38 in Anspruch nehmen. Im aktuellen Koalitionsvertrag der 19. Legislaturperiode wird die Verbesserung der Situation von Kindern von psychisch erkrankten Eltern als ein Ziel beschrieben (Z. 855). Durch eine bessere Kooperation und Koordination der unterschiedlichen Hilfesysteme sollen Schnittstellenprobleme behoben werden (Z. 855 ff.).	
Zielgruppe	Kinder von Eltern mit einer psychischen Störung sowie ihre Eltern	
Zeitplan	Ab 2019	
Priorität	1 = höchste Priorität ⊠ 2 = hohe Priorität ☐ 3 = mittlere Priorität ☐	
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801) AG Kommunale Gesundheitsförderung/Landesgeschäftsstelle HPÜ (3851)	
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	AG EGH für Kinder und Jugendliche (3844) AG LeRiKO Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren (384) Bereich Recht und Vertragsmanagement (3812) Bundeskinderschutzkoordination der LHP (35) Familienhebammen und weitere Berufsgruppen FB Kinder, Jugend und Familie (FB 35) Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik sowie Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik (Klinikum EvB) Netzwerk "Gesunde Kinder und Familie" der LHP PSAG Schulsozialarbeit SpDi (3856) Träger der Kinder- und Jugendhilfe	

Finanzrahmen	Sach- und Honorarkosten: 20.000 € (ab 2019 fortalufend)
Kriterien der Zielerreichung	+1 (mehr als erwartet): Es finden Gruppenangebote für Kinder und Eltern statt. Die Verortung des Themas in vorhandene
	Netzwerkstrukturen ist erfolgt. 0 (erwartetes Ergebnis): Es findet ein Gruppenangebote für Kinder und Eltern statt. -1 (weniger als erwartet): Es finden keine Gruppenangebote statt.
Evaluation	Erfassung der Gruppenangebote für Kinder von psychisch erkrankten Eltern und ihren Eltern

Ziel 2.4: Verbesserung der Informationslage zu Angeboten zum Thema Kinder von Eltern mit einer psychischen Störung		
Maßnahme	Erstellung eines spezifischen Flyers mit einer Landkarte mit den relevanten Potsdamer Angeboten und den Kontakten für psychisch erkrankte Eltern und Kinder von Eltern mit einer psychischen Störung, welcher auch online zur Verfügung steht.	
Begründung	Im Bereich der Kinder und der erkrankten Eltern sind viele verschiedene Fachkräfte tätig. Um diese verschiedenen Akteure und deren Angebote untereinander bekannt zu machen, ist ein separater Flyer zur Thematik erforderlich. Der Flyer dient als Informationsmedium sowohl für die erkrankten Eltern aber auch für die Fachkräfte. Eine Vernetzung zwischen vorhandenen AG und Netzwerken ist anzustreben, z.B. PSAG und Netzwerk "Gesunde Kinder und Familie". Im aktuellen Koalitionsvertrag der 19. Legislaturperiode wird die Verbesserung der Situation von Kindern von psychisch erkrankten Eltern als ein Ziel beschrieben (Z. 855).	
Zielgruppe	Eltern mit einer psychischen Störung sowie ihre Kinder, Fachkräfte	
Zeitplan	Ab 2019	
Priorität	1 = höchste Priorität □ 2 = hohe Priorität □ 3 = mittlere Priorität □	
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801) Koordination für Suchtprävention (AG 3801) AG Kommunale Gesundheitsförderung/Landesgeschäftsstelle HPÜ (3851)	
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	AG EGH für Erwachsene (3842) AG EGH für Kinder und Jugendliche (3844) AG Gesundheitsvorsorge für Kinder und Jugendliche (3853) AG LeRiKo FB Kinder, Jugend und Familie (FB 35) Netzwerk "Gesunde Kinder und Familien" PSAG SpDi (3856) SPZ (Klinikum Westbrandenburg GmbH)	
	Träger der Kinder- und Jugendhilfe	
Finanzrahmen	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	
Finanzrahmen Kriterien der Zielerreichung	Träger der Kinder- und Jugendhilfe	

Ziel 2.5: Förderung der Zusammenarbeit zwischen Fachkräften im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe und Psychiatrie		
Maßnahme	Interdisziplinärer Austausch von Fachkräften und Vorstellung ihrer Spezialthemen (Kinder- und Jugendhilfe, Erwachsenen und Kinder- und Jugendpsychiatrie). Hierbei ist ein Prozedere für gemeinsame Fallkonferenzen unter Berücksichtigung des Datenschutzes zu entwickeln.	
Begründung	Die gegenseitige Sensiblisierung für Themen wie z.B. Kinderschutz im klinischen Bereich und das Wissen dazu ist eine wichtige Voraussetzung, dass die relevanten Akteure bestmöglich miteinander zusammenarbeiten können. Im aktuellen Koalitionsvertrag der 19. Legislaturperiode wird auf die Stärkung der engen Kooperation aller relevanten Akteure im Bereich Kinder- und Jugendhilfe verwiesen (Z. 823 f.).	
Zielgruppe	Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren (384) Fachkräfte aus dem FB Kinder, Jugend und Familie (FB 35) Fachkräfte aus der Kinder- und Jugendhilfe Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik sowie Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik (Klinikum EvB) SpDi (3856)	
Zeitplan	jährlich ab 2019	
Priorität	1 = höchste Priorität □ 2 = hohe Priorität □ 3 = mittlere Priorität □	
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)	
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	AG Arbeitsgruppe EGH für Kinder und Jugendliche (3844) AG Gesundheitsvorsorge für Kinder und Jugendliche (3853) AG Kommunale Gesundheitsförderung/Landesgeschäftsstelle HPÜ (3851) Fachkräfte im Bereich Kinder- und Jugendhilfe Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik (Klinikum EvB) PSAG SPZ (Klinikum Westbrandenburg GmbH)	
Finanzrahmen	Keine zusätzlichen Kosten (laufende Personalkosten)	
Kriterien der Zielerreichung	+1 (mehr als erwartet): Der interdisziplinäre Austausch findet zweimal jährlich statt. Es gibt ein Prozedere für gemeinsame Fallkonferenzen. 0 (erwartetes Ergebnis): Der interdisziplinäre Austausch findet einmal jährlich statt. Die Entwicklung eines gemeinsamen Prozederes für Fallkonferenzen ist nach nicht abgeschlossen.	
	Fallkonferenzen ist noch nicht abgeschlossen. -1 (weniger als erwartet): Der interdisziplinäre Austausch findet nicht statt und ein gemeinsames Prozedere wird nicht entwickelt.	

Ziel 2.6: Diskussion zu Patenschaften für Kinder von chronisch/psychisch erkrankten Eltern	
Maßnahme	Vorgespräche zeigten, dass zu Gestaltung und Umsetzung von Patenschaften unterschiedliche Standpunkte diesbezüglich vorlagen. Deshalb ist vor einer möglichen Initiierung von Patenschaften für Kinder von chronisch/psychisch erkrankten Eltern sowie von professioneller Begleitung der ehrenamtlichen Paten ein ausführlicher fachlichinhaltlicher Diskurs vorzunehmen. Hier sind auch vorhandene Strukturen (z.B. das Netzwerk Gesunde Kinder Potsdam beim Ernst von Bergmann Sozial gGmbH) zu berücksichtigen.
Begründung	Für Kinder von chronisch/psychisch erkrankten Eltern und ihren Eltern ist eine konstante Bezugsperson im Sinne einer verlässlichen Bezugsperson als ergänzendes Angebot wichtig.
Zielgruppe	Fachkräfte innerhalb und außerhalb der Verwaltung
Zeitplan	2021
Priorität	1 = höchste Priorität □ 2 = hohe Priorität □ 3 = mittlere Priorität □
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801) AG Kommunale Gesundheitsförderung (AG 3851)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	AG EGH für Erwachsene (AG 3842) AG EGH Kinder und Jugendliche (3844) AG Gesundheitsvorsorge für Kinder und Jugendliche (AG 3853) Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik sowie Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik (Klinikum EvB) FB Kinder, Jugend und Familie (FB 35) mit Hilfe zur Erziehung Koordination für Suchtprävention (3801) PSAG SpDi (3856) SPZ; Träger der Kinder- und Jugendhilfe
Finanzrahmen	Sach- und Honorarkosten: 5.000 € (2021)
Kriterien der Zielerreichung	+1 (mehr als erwartet): Es fanden ausführliche fachlich-inhaltliche Diskussionen zu Patenschaften statt und es liegt ein Ergebnispapier unter Berücksichtigung der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse vor. Patenschaften werden als erforderlich eingeordnet und initiiert bzw. verworfen. 0 (erwartetes Ergebnis): Es fanden fachlich-inhaltliche Diskussionen zu Patenschaften, jedoch ohne ein Ergebnis, statt. -1 (weniger als erwartet): Es fanden keine fachlich-inhaltlichen Diskussionen zu Patenschaften statt.
Evaluation	Auswertung der Dokumentation der fachlich-inhaltlichen Diskussion

Lebensbereich Arbeit und Beschäftigung

Ziel 3.1: Schaffung alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit psychischen Störungen

mit psyc	chischen Störungen
Maßnahme	Das Zustandekommen von (Modell-)Projekten zu alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten, z.B. Zuverdienst oder integratives Café, sollen gefördert, evaluiert und bei Erfolg verstetigt werden ⁸ .
Begründung	Aktuell gibt es in der LHP neben den WfbM, außer einem Modellprojekt für Zuverdienst, keine alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit psychischen Störungen. Zudem können durch alternative Beschäftigungsmöglichkeiten auch Begegnungsmöglichkeiten geschaffen werden, um Stigmatisierung abzubauen.
Zielgruppe	Menschen mit psychischen Störungen
Zeitplan	fortlaufend ab 2018
Priorität	1 = höchste Priorität ⊠ 2 = hohe Priorität □ 3 = mittlere Priorität □
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	AG Eingliederungshilfe Erwachsene (3842) Agentur für Arbeit AK Arbeit und Beschäftigung der PSAG Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren (384) Industrie- und Handelskammer Potsdam Koordination für BTHG (3801) PSAG SpDi (3856)
Finanzrahmen	Auf Grundlage von EGH nach §53/54 SGB XII
Kriterien der Zielerreichung	 +1 (mehr als erwartet): Evaluation und ggfs. Verstetigung von mind. einer alternativen Beschäftigungsmöglichkeit. 0 (erwartetes Ergebnis): Initiierung von einer alternativen Beschäftigungsmöglichkeit. -1 (weniger als erwartet): Alternative Beschäftigungsmöglichkeiten wurden nicht initiiert.
Evaluation	Mithilfe von Sachberichten und evtl. von Studienabschlussarbeiten sollen Umsetzung, Nachhaltigkeit und Zielerreichung untersucht werden.

_

⁸ Aktuell wird das BbgPsychKG novelliert, sodass Zuverdienst möglicherweise gesetzlich verankert wird.

	serung der Rahmenbedingungen für Genesungsbegleiter und ungsbegleiterinnen
Maßnahme	Es sind Anreize für die Etablierung von Genesungsbegleitern und Genesungsbegleiterinnen von Seiten der LHP zu schaffen. Es ist eine Prüfung vorzunehmen, inwieweit deren Vergütung in den Leistungsvereinbarungen von Angeboten für seelische Behinderungen aufgenommen werden kann.
Begründung	Genesungsbegleiter und Genesungsbegleiterinnen haben einen wichtigen Einfluss auf Entstigmatisierung, Recovery ⁹ und den trialogischen Austausch. Die Genesungsbegleiter und Genesungsbegleiterinnen, die eine einjährige Ausbildung absolviert haben, sind aktuell meistens ehrenamtlich tätig.
Zielgruppe	Menschen, die erfolgreich eine Ausbildung zum/zur Genesungsbe- gleiter/Genesungsbegleiterin abgeschlossen haben oder abschließen wollen; Träger der Freien Wohlfahrtspflege
Zeitplan	2019
Priorität	1 = höchste Priorität □ 2 = hohe Priorität □ 3 = mittlere Priorität □
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren (384) Bereich Vertrags- und Verwaltungsmanagement (381) Kleine LIGA der Spitzenverbände Koordination BTHG (3801) LASV Serviceeinheit Entgeltwesen; PSAG
Finanzrahmen	Im Rahmen der Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen, Vergütung könnte in Anlehnung TVöD 4 erfolgen
Kriterien der Zielerreichung	+1 (mehr als erwartet): Genesungsbegleiter und Genesungsbegleiterinnen sind in mehr als 4 Angeboten und sozialen Dienstleistungen angestellt und ihre Leistungen werden refinanziert. 0 (erwartetes Ergebnis): Genesungsbegleiter und Genesungsbegleiterinnen sind in weniger als vier sozialen Angeboten und Dienstleistungen tätig. -1 (weniger als erwartet): Genesungsbegleiter und Genesungsbegleiterinnen sind weiterhin ehrenamtlich tätig.
Evaluation	Quantitative Erfassung, der in der LHP tätigen Genesungsbegleiter und Genesungsbegleiterinnen

⁹ Revorey = Gesundung und umfasst einen ganzheitlichen Ansatz im Umgang mit der Erkrankung und Lebenskrisen, um die täglichen Herausforderung anzugehen. Das Recovery-Modell umfasst Aspekte wie Personenorientierung, Betroffeneneinbezug und Selbstbestimmung. Wichtige Unterstützer sind Peers als sog. Genesungsbegleiter. (Kammer-Spohn, 2013).

	Ziel 3.3: Verbesserung des Informationsstandes zum Thema Arbeit und Beschäftigung für Menschen mit psychischen Störungen	
Maßnahme	Der Wegweiser inkl. Landkarte vom <i>AK Arbeit und Beschäftigung</i> der PSAG soll als Broschüre und digital veröffentlicht werden. Ergänzend soll der Wegweiser mithilfe von öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen bei den Bürgern und Bürgerinnen sowie den Multiplikatoren bekannt gemacht werden.	
Begründung	Der von der AG Arbeit und Beschäftigung der PSAG erstellte Wegweiser ist bisher die einzige Zusammenfassung von Angeboten/Hilfen im Bereich Arbeit und Beschäftigung von Menschen mit psychischen Störungen für die LHP.	
Zielgruppe	Potsdamer und Potsdamerinnen; Mulitplikatoren im Bereich von Arbeit und Beschäftigung innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung	
Zeitplan	Fortlaufend ab 2019	
Priorität	1 = höchste Priorität □ 3 = hohe Priorität □ 3 = mittlere Priorität □	
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801) AG Arbeit und Beschäftigung der PSAG	
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	AG EGH für Erwachsene (3842) Agentur für Arbeit/JobCenter PSAG SpDi (3856)	
Finanzrahmen	Sachkosten: 6.000 € (2019); 3.000 € (2020/21)	
Kriterien der Zielerreichung	 +1 (mehr als erwartet): Der Wegweiser "Arbeit und Beschäftigung" ist als Broschüre und digital veröffentlicht. Der Wegweiser und der Flyer ist bekannt und müssen nachgedruckt werden. 0 (erwartetes Ergebnis): Der Wegweiser "Arbeit und Beschäftigung" ist entweder in Papierform oder digital veröffentlicht. -1 (weniger als erwartet): Der Wegweiser ist nicht veröffentlicht. 	
Evaluation	Systematische Erfassung der Verteilerorte der Broschüre und Flyer. Der Wegweiser wird einmal jährlich von der AG Arbeit und Beschäftigung aktualisiert.	

Ziel 3.4: Prävention durch tagesstrukturierende Angebote für Menschen in sog. "Wartephasen"	
Maßnahme	Zur Verfügungstellung eines Budgets im Rahmen eines zweijährigen Modellprojektes für niederschwellige, flexible Überbrückungsangebote. Durch eine arbeitsnahe Tagesstruktur sollen z.B. neuen Krisen, welche durch die Wartephasen gefördert werden, vorgebeugt und einer Chronifizierung entgegengewirkt werden. Außerdem kann eine Vorbereitung auf die angestrebte Maßnahme erfolgen. Eine Verortung kann z.B. im Zuverdienst und/oder in der Tagesstätte erfolgen.
Begründung	Aktuell wird dieses Angebot unentgeltlich durch Organic Village gGmbH angeboten und vorgehalten. Damit dieses Angebot auch weiterhin für Menschen in "Wartephasen" vorgehalten werden kann, ist eine finanzielle Absicherung erforderlich.
Zielgruppe	Menschen in sog. "Wartephasen", die nach einer Antragstellung z.B. mehr als 6 Monate auf den Bescheid oder auf den Beginn einer Maßnahme warten müssen (genaue Kriterien sind zu definieren).
Zeitplan	2021/22
Priorität	1 = höchste Priorität □ = hohe Priorität □ 3 = mittlere Priorität □
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)
Anzustrebende unterstützende	AG Arbeit und Beschäftigung der PSAG
Kooperationen	AG EGH für Erwachsene (3842) Agentur für Arbeit Bereich Vertrags- und Verwaltungsmanagement (381) JobCenter LHP PSAG
	AG EGH für Erwachsene (3842) Agentur für Arbeit Bereich Vertrags- und Verwaltungsmanagement (381) JobCenter LHP
Kooperationen	AG EGH für Erwachsene (3842) Agentur für Arbeit Bereich Vertrags- und Verwaltungsmanagement (381) JobCenter LHP PSAG

Ziel 3.5: Verbesserung des Zugangs zum Budget für Arbeit	
Maßnahme	Entwicklung von Informationsmaterial, auch in einfacher Sprache, zum Budget für Arbeit für Menschen mit Behinderung und Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen.
Begründung	Die Informationslage zum Budget für Arbeit ist aktuell nicht optimal und das Budget für Arbeit wird aktuell kaum in Anspruch genommen.
Zielgruppe	Menschen mit Behinderung und Anspruchsvoraussetzung für eine WfbM mit Abschluss des Eingangsverfahrens sowie dem Berufsbildungsbereiches; Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen in der LHP
Zeitplan	2019
Priorität	1 = höchste Priorität □ 2 = hohe Priorität □ 3 = mittlere Priorität □
Zuständikeit	Koordination für BTHG (AG 3801)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	AK Arbeit und Beschäftigung der PSAG Beirat für Menschen mit Behinderung Büro für Chancengleichheit und Vielfalt (904) PSAG Psychiatriekoordination (AG 3801)
Finanzrahmen	Sachkosten 1.000 € (2019-2021)
Kriterien der Zielerreichung	 +1 (mehr als erwartet): Es gibt Informationsmaterial, auch in einfacher Sprache, zum Budget für Arbeit. 0 (erwartetes Ergebnis): Es gibt Informationsmaterial zum Budget für Arbeit. -1 (weniger als erwartet): Es gibt kein Informationsmaterial zum Budget für Arbeit.
Evaluation	Anpassung der Informationsmaterialien im Jahr 2021 durch die Koordination für BTHG (AG 3801)

Lebensbereich Wohnen

	Ziel 4.1: Schaffung eines niederschwelligen Wohnangebotes für Menschen mit schweren psychischen Störungen	
Maßnahme	Initiierung und Etablierung eines niederschwelligen und ggfs. geschlechtersensiblen Wohnangebotes, außerhalb des Obdachs, für Menschen, die schwere psychische Störungen und keine Krankheitseinsicht haben.	
Begründung	Aktuell gibt es für Menschen mit schweren psychischen Störungen nur Wohnen im Kiez mit der hohen Zugangsvoraussetzung der EGH. Ein vergleichbares Wohnangebot für Menschen, die schwere psychische Störungen haben und wohnungslos oder von Wohnungslosigkeit bedroht sind, gibt es aktuell in Potsdam nicht. Eine solche Wohnform kann die Möglichkeit bieten, dass die Menschen freiwillige Begleitungsangebote in Anspruch nehmen und Zugang zum weiteren psychiatrischen Versorgungssystem finden, auch unter Berücksichtiung der Aspekte der Beheimatung.	
Zielgruppe	Potsdamer und Potsdamerinnen mit schweren psychischen Störungen, die von Wohnungslosigkeit bedroht oder wohnungslos sind	
Zeitplan	Ab 2021	
Priorität	1 = höchste Priorität □ 2 = hohe Priorität □ 3 = mittlere Priorität □	
Zuständigkeit	Bereich Wohnen (382) Psychiatriekoordination (AG 3801)	
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	AK Wohnungslos PSAG SpDi (3856)	
Finanzrahmen	§ 67 SGB XII (evtl. Mischfinanzierung § 53 SGB XII)	
Kriterien der Zielerreichung	+1 (mehr als erwartet): Die Ausschreibung für ein niederschwelliges Wohnangebot für Menschen mit schweren psychischen Störungen war erfolgreich und die ersten Menschen können ab dem 01.01.2022 einziehen. 0 (erwartetes Ergebnis): Die Ausschreibung für ein niederschwelliges Wohnangebot war erfolgreich, es haben sich mehrere Anbieter beworben. Ein Träger konnte alle geforderten Kriterien erfüllen und wurde mit der Aufgabe betraut.	
	-1 (weniger als erwartet): Die Ausschreibung für ein niederschwelliges Wohnangebot für Menschen mit schweren psychischen Störungen war nicht erfolgreich oder fand nicht statt.	

Lebensbereich "Gesunde Lebensmitte" und "Gesundes Altern"

Ziel 5.1: Versteti	gung der KBS für Menschen mit psychischen Störungen
Maßnahme	Erarbeitung von Möglichkeiten der Finanzierung für die KBS außerhalb von Zuwendung (freiwillige Mittel) sowie Entscheidung und Umsetzung einer Alternative unter Berücksichtigung der Novellierung des BbgPsychKG.
Begründung	Die KBS ist ein unverzichtbares niederschwelliges und anonymes Angebot für Menschen mit psychischen Störungen und deren Angehörige. Mithilfe der KBS sollen Zugänge zu Hilfen erleichtert und somit die frühzeitige und rechtzeitige Inanspruchnahme dieser Hilfen gefördert werden, um unter anderem stationäre Aufenthalte vermeiden zu können. Ergänzend unterstützt die KBS die Reintegration nach einem stationären Aufenthalt. (MASGF, 2017) Die steigenden Einwohner- und Besucherzahlen müssen sich in der Ausstattung der KBS widerspiegeln. Zudem sollen für die unterschiedlichen Altersgruppen differenzierte Angebote zur Verfügung stehen.
Zielgruppe	Menschen mit psychischen Störungen und deren Angehörige
Zeitplan	Ab 2020
Priorität	1 = höchste Priorität □ 3 = mittlere Priorität □
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	Beirat für Menschen mit Behinderung Bereich Vertrags- und Verwaltungsmanagement (381) Büro für Chancengerechtigkeit und Vielfalt (904) PSAG
Finanzrahmen	Sach- und Personalkosten inkl. Zuwendungen des MASGF: 200.000 €/Jahr (ab 2020) Die Zuwendunghöhe des MASGF pro kreisfreie Stadt bzw. Landkreis für KBS beträgt aktuell 43.500 €/Jahr und ist anteilig zur Finanzierung von Personalkosten zu verwenden (MASGF, 2017). In den Jahren 2017 und 2018 wurde die KBS im Rahmen der Zuwendung der LHP inkl. Zuwendung vom Land mit jeweils insgesamt 127.627 € gefördert. 10
Kriterien der Zielerreichung	+1 (mehr als erwartet): Es wurde eine alternative und nachhaltige Finanzierungsmöglichkeit realisiert. 0 (erwartetes Ergebnis): Es liegt eine Entscheidung über eine

_

Aktuell wird das BbgPsychKG novelliert, sodass möglicherweise die KBS als Pflichtangebot gesetzlich verankert wird. Außerdem wird die Förderrichtlinie des FB 38 angepasst, sodass Neuerungen entstehen können.

	alternative und nachhaltige Finanzierungsmöglichkeit vor. -1 (weniger als erwartet): Es wurde keine alternative und nachhaltige Finanzierungsmöglichkeit realisiert.
Evaluation	Strukturierte Sachberichte mit zahlenmäßigem Nachweis; Jahresgespräche mit der KBS

Ziel 5.2: Verstetig	gung des Angebotes "Antidepressiva – das andere Kabarett"
Maßnahme	Die Finanzierung vom Kabarett wird sichergestellt sowie Mittel für öffentlichkeitswirksame Maßnahmen zur Verfügung gestellt, sodass neue Teilnehmer gewonnen werden können und das Fortbestehen des Kabaretts nachhaltig gesichert werden kann.
Begründung	Bisher gibt es nur wenige öffentlichkeitswirksame Angebote (z.B. Kabarett Antidepressiva), bei dem sich Menschen mit einer psychischen Störung ehrenamtlich engagieren können. Durch ehrenamtliches Engagement wird das Selbstwertgefühl gesteigert und durch Begegnungen mit anderen Menschen können Stigmatisierungen in der Gesellschaft reduziert werden. Dieses wichtige Angebot ist zu sichern.
Zielgruppe	Psychiatrieerfahrene Menschen in der LHP
Zeitplan	Ab 2020
Priorität	1 = höchste Priorität □ 2 = hohe Priorität □ 3 = mittlere Priorität □
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	Beirat für Menschen mit Behinderung Bereich Vertrags- und Verwaltungsmanagement (381) Büro für Chancengleichheit und Vielfalt (904) Koordination für BTHG (AG 3801) PSAG
Finanzrahmen	Sach- und Honorarkosten: 12.000 € (ab 2020)
Kriterien der Zielerreichung	 +1 (mehr als erwartet): Das Kabarett zeichnet sich durch stabile Teilnehmerzahlen sowie mindestens 5 Auftritte pro Jahr aus. 0 (erwartetes Ergebnis): Das Kabarett hat weniger als 5 Auftritte pro Jahr. -1 (weniger als erwartet): Das Kabarett existiert in der LHP.
Evaluation	Strukturierte Sachberichte mit zahlenmäßigem Nachweis, Jahresgespräch mit der Leitung des Kabaretts

Ziel 5.3: Unterstützung der Angehörigen bzw. des nahen sozialen Umfeldes	
Maßnahme	Etablierung einer Austauschmöglichkeit (in Form von Selbsthilfegruppe – SGH oder Einzelberatung) für Angehörige bzw. des nahen sozialen Umfelds von Menschen mit psychischen Störungen sowie Steigerung des Bekanntheitsgrades der SHG bei den Potsdamer Bürgern und Bürgerinnen mithilfe von Öffentlichkeitsarbeit.
Begründung	Angehörige bzw. das nahe Umfeld von Menschen mit psychischen Störungen sind oftmals wichtige Bezugspersonen in Krisen, übernehmen teils eine große Verantwortung und erleben die möglichen starken persönlichen Veränderungen ihres Angehörigen als sehr belastend. Diese vielfältigen Erfahrungen und Belastungen können eine große Unsicherheit auslösen und zu dem Wunsch führen, sich mit ähnlich betroffenen Angehörigen oder mit einer Fachkraft auszutauschen. Die seit Anfang 2018 bestehende SHG ist aktuell durch schwankende Teilnehmerzahlen gekennzeichnet. Um das wichtige Angebot der SHG sowie der Einzelberatung zu etablieren und zu sichern, sind öffentlichkeitswirksame Maßnahmen erforderlich.
Zielgruppe	Angehörige bzw. das nahe soziale Umfeld von Menschen mit psychischen Störungen
geplant	ab 2019 fortlaufend
Priorität	1 = höchste Priorität ⊠ 2 = hohe Priorität □ 3 = mittlere Priorität □
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)
Anzustrebende	Allianz für die Selbsthilfe
unterstützende Kooperationen	Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik sowie Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik (Klinikum EvB) PSAG Psychoseseminar SEKIZ SpDi (3856)
	Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik sowie Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik (Klinikum EvB) PSAG Psychoseseminar SEKIZ
Kooperationen	Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik sowie Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik (Klinikum EvB) PSAG Psychoseseminar SEKIZ SpDi (3856)

Ziel 5.4: Förderung der Gesundheit von Angehörigen bzw. des nahen sozialen Umfeldes	
Maßnahme	Sensibilisierung von Angehörigen und Mulitplikatoren zu allgemeinen Angeboten der Gesundheitsförderung (z.B. Entspannungs- und Bewegungsangebote) für Angehörige bzw. des nahen Umfelds von Menschen mit psychischen Störungen mithilfe von Öffentlichkeitsmaßnahmen.
Begründung	Angehörige haben vielfältige Belastungen (Jungbauer et al., 2001). Das Entspannungs- und Bewegungsangebot verfolgt den Ansatz der Gesundheitsförderung, sodass Angehörige auch weiterhin ein verlässlicher Partner sein können.
Zielgruppe	Angehörige bzw. das nahe Umfeld von Menschen mit psychischen Störungen
Zeitplan	ab 2020
Priorität	1 = höchste Priorität □ 2 = hohe Priorität □ 3 = mittlere Priorität □
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik sowie Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik (Klinikum EvB) Klinikum Westbrandenburg GmbH Sozialpädiatrisches Zentrum (SPZ) PSAG Psychoseseminar SEKIZ/Allianz für die Selbsthilfe SpDi (3856)
Finanzrahmen	Sach- und Honorarkosten: 5.000 € (fortlaufend ab 2019)
Kriterien der Zielerreichung	+1 (mehr als erwartet): Es finden jährlich öffentlichkeitswirksame Maßnahmen für Angehörige von Menschen mit psychischen Störungen statt. 0 (erwartetes Ergebnis): Es findet einmalig eine öffentlichkeitswirksame Maßnahme (z.B. Aktionstag) statt. -1 (weniger als erwartet): Es finden keine öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen für Angehörige von Menschen mit psychischen Störungen statt.
Evaluation	Auswertung der öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen (z.B. Besucherzahlen, Steigerung der Nutzerzahlen des Online-Wegweisers)

Ziel 5.5: Förderung der seelischen Gesundheit von geflüchteten Menschen	
Maßnahme I	Mit Schlüsselpersonen/Multiplikatoren aus der Flüchtlingsarbeit (Flüchtlingspfarrer, Migrationssozialarbeit als Fachberatungsdienst etc.) in Potsdam werden leitfadengestützte Interviews geführt, um die Erfahrungen, Bedürfnisse und Wünsche von Geflüchteten zum Thema seelische Gesundheit zu erheben. Ergänzend wird eine Abfrage im Rahmen der SOGU-Runde stattfinden.
Begründung	In dem Psychiatriekonzept wurden die Bedarfslagen sowie das Erfahrungswissen von Geflüchteten nicht direkt erhoben. Mithilfe der Informationen von Schlüsselpersonen/Multiplikatoren können mögliche Versorgungsbedarfe abgeleitet werden.
Zielgruppe	Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften (GU) und Wohnungen
Zeitplan	ab 2019 fortlaufend
Priorität	1 = höchste Priorität □ 2 = hohe Priorität □ 3 = mittlere Priorität □
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801) Koordination für Flüchtlingsfragen (GB 3)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	"Gesprächsrunde zu Geflüchteten in der Aue" Beauftragte für Migration und Integration (904) Bereich Soziale Leistungen und Integration (383) Bereich Statistik und Wahlen (156) FB Kinder, Jugend und Familie (FB 35) GU's Migrationssozialarbeit als Fachberatungsdienst PSAG SOGU-Runde SpDi (3856)
Finanzrahmen	Keine zusätzlichen Kosten
Kriterien der Zielerreichung /	+1 (mehr als erwartet): Jährlicher Austausch über die aktuellen Entwicklungen zum Thema seelische Gesundheit von Geflüchteten mit Schlüsselpersonen und Geflüchteten selbst. 0 (erwartetes Ergebnis): Einmalige Durchführung von leitfadengestützen Interviews mit Schlüsselpersonen und Auswertung der Ergebnisse zum Thema seelische Gesundheit von Geflüchteten. -1 (weniger als erwartet): Einmalige Durchführung eines Gespräches mit Schlüsselpersonen zum Thema seelische Gesundheit von Geflüchteten.
Evaluation	Jährliche Rücksprache mit der Beauftragten für Migration und Integration sowie mit der Koordination für Flüchtlingsfragen, um die Ergebnisse und mögliche Rückschlüsse abzustimmen.

Maßnahme II	Veranstaltung für Mitarbeitende der Potsdamer GU zu psychosozialen und psychiatrischen Themen und den Umgang mit Bewohnern z.B. im Rahmen einer "Sonder-SOGU-Runde" (Fachtag).		
Begründung	Mitarbeitende in den GU sind in der Regel hinsichtlich psychischer Basissymptome nicht geschult.		
Zielgruppe	Mitarbeitende in den GU		
Zeitplan	ab 2019 fortlaufend		
Priorität	1 = höchste Priorität □ 2 = hohe Priorität □ 3 = mittlere Priorität □		
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801) Koordination für Flüchtlingsfragen (GB 3)		
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	"Gesprächsrunde zu Geflüchteten in der Aue" AG Asyl, HzL und Integration (3831) Beauftragte für Migration und Integration (904) Bereich Soziale Leistungen und Integration (383) Fachzentrum für Soziale Arbeit im Bereich Migration und Integration von FaZIT PSAG SOGU-Runde SpDi (3856)		
Finanzrahmen	Honorarkosten: 1.000 € (2019 – 2021)		
Kriterien der Zielerreichung /	 +1 (mehr als erwartet): Jährliche Durchführung einer Schulung. 0 (erwartetes Ergebnis): Einmalige Durchführung einer Schulung im Rahmen einer "Sonder-SoGu-Runde". -1 (weniger als erwartet): Die Schulung wird vorbeitet und organisiert. 		
Evaluation	Jährliche Rücksprache in der SOGU-Runde, um den aktuellen Bedarf zu erheben.		

	ng eines Informationsstandes zu Unterstützungsangeboten r von Gewalt- und Sexualstraftaten		
Maßnahme	Die Angebote für Opfer von Gewalt- und Sexualstraftaten werden in einem spezifischen Flyer sowie digital im Online-Wegweiser veröffentlicht. Der Flyer soll mit öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen bei den Potsdamer Bürgern und Bürgerinnen sowie den Multiplikatoren bekannt gemacht werden.		
Begründung	Im AK Traumanetzwerk wurde berichtet, dass Menschen von Gewalt- und Sexualstraftaten sowie Fachkräfte nicht zwangsläufig die möglichen Unterstützungsangebote in der LHP kennen.		
Zielgruppe	Menschen, die von Gewalt- und Sexualstraftaten betroffen sind; Fachkräfte		
Zeitplan	2019		
Priorität	1 = höchste Priorität □ 2 = hohe Priorität □ 3 = mittlere Priorität □		
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)		
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	AK Traumanetzwerk PSAG		
Finanzrahmen	Sach- und Honorarkosten: 2.000 € (2019-2021)		
Kriterien der Zielerreichung	+1 (mehr als erwartet): Der Flyer ist gedruckt, verteilt und online veröffentlicht. Ein Nachdruck ist erforderlich. 0 (erwartetes Ergebnis): Der entwickelte Flyer ist gedruckt. -1 (weniger als erwartet): Der Flyer wurde nicht entwickelt.		
Evaluation	Systematische Erfassung der Verteilerorte der Flyer durch den AK Traumanetzwerk. Der Wegweiser wird einmal jährlich von dem AK Traumanetzwerk aktualisiert.		

Ziel 5.7: Sicherstellung der sozialpädagogischen Begleitung für Opfer von Gewalt- und Sexualstraftaten			
Maßnahme	Sicherstellung der Finanzierung der sozialpädagogischen Begleitung für Opfer von Gewalt- und Sexualstraftaten.		
Begründung	Die sozialpädagogische Begleitung von Opfern von Gewalt-, und Sexualstraftaten wird aktuell über Zuwendung von freiwilligen Mitteln finanziert. Das Ziel der sozialpädagogischen Begleitung ist z.B. die Unterstützung bei der sozialen und beruflichen Wiedereingliederung für Opfer von Gewalt- und Sexualstraftaten. Traumatisierte Menschen können an Traumafolgestörungen mit dauerhaften sozialen und beruflichen Einschränkungen leiden. Im aktuellen Koalitionsvertrag der 19. Legislaturperiode wird auf eine vorzunehmende Reform des sozialen Entschädigungsrechts verwiesen (Z. 4397 ff.). Der Gewaltbegriff wird durch psychische Gewalt ergänzt und niederschwellige und unbürokratische Hilfen, z.B. sog. Traumaambulanzen, sollen zur Verfügung stehen (Z. 4400 ff.).		
Zielgruppe	Menschen, die Opfer von Gewalt- und Sexualstraftaten sind		
Zeitplan	2020/21		
Priorität	1 = höchste Priorität □ 2 = hohe Priorität □ 3 = mittlere Priorität □		
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)		
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	AK Traumanetzwerk PSAG		
Finanzrahmen	Sach- und Honorarkosten: 20.000 € (2020-2021)		
Kriterien der Zielerreichung	 +1 (mehr als erwartet): Die Finanzierung ist sichergestellt. 0 (erwartetes Ergebnis): Eine kurzfristige Finanzierung der sozialpädagogischen Begleitung erfolgt weiterhin über Zuwendung. -1 (weniger als erwartet): Die Finanzierung ist unklar. 		
Evaluation	Strukturierte Sachberichte mit zahlenmäßigem Nachweis		

Ziel 5.8: Förderung der Gesundheitskompetenz von Senioren und Seniorinnen zu seelischer Gesundheit Maßnahme Sensibilisierung von Senioren und Seniorinnen und Mulitplikatoren zu seelischer Gesundheit im Alter allgemein und im Speziellen zu depressiven Störungen und Aspekten der Prävention. Bereits bestehende Informationsbroschüre, z.B. der BZgA, sind bei etablierten Veranstaltungen oder Angeboten (z.B. Seniorenwoche, Lauffest, Bildungsforum, Pflegestützpunkt etc.) zu nutzen und bei Mulitplikatoren bekannt zu machen. Ein spezifischer Flyer für Senioren und Seniorinnen zu seelischer Gesundheit ist ergänzend zu entwickeln. Begründung Im Gegensatz zu Demenzen werden Depressionen im Alter trotz der Prävalenz von 8-10% (Wittchen et al., 2010) aktuell noch zu wenig thematisiert. Häufig werden Symptome von Depressionen den normalen Begleiterscheinungen des Älterwerdens zugeordnet (RKI, 2009). Möglichen Rückzugstendenzen soll entgegengewirkt werden. Zukünftige Senioren/Seniorinnen 55 – 65 Jahre und Zielgruppe Senioren/Seniorinnen ab 65 Jahre sowie das soziale Umfeld; Multiplikatoren Zeitplan ab 2019 fortlaufend **Priorität** 1 = höchste Priorität □ 2 = hohe Priorität 3 = mittlere Priorität □ Zuständigkeit Psychiatriekoordination (AG 3801) **Anzustrebende** Ambulante Pflegedienste und stationäre Pflegeeinrichtungen unterstützende Begegnungshäuser, Treffpunkt Freizeit Kooperationen Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren (384) Fachkräfte Pflegestützpunkt der LHP **PSAG** Seniorenbeirat der LHP SpDi (3856) **Finanzrahmen** Sachkosten: 2.000 € (2019; 2020/21) Kriterien der +1 (mehr als erwartet): Die Broschüre und der Flyer sind nachzubestellen und bei den relevanten Mulitplikatoren (z.B. siehe Zielerreichung unterstützdene Kooperationen) bekannt. 0 (erwartetes Ergebnis): Die Flyer ist entwickelt und gedruckt. Die Broschüren wurden verteilt. -1 (weniger als erwartet): Der Flyer ist noch in der Entwicklung. Die Broschüren wurden verteilt. **Evaluation** Jährliche Auswertungsgespräche mit dem Seniorenbeirat zum Thema seelische Gesundheit

Ziel 5.9: Sicherstellung von Alltagsunterstützenden Angeboten (AuA) für Menschen mit einer psychischen Störung				
Maßnahme	Finanzierung von AuA für Menschen mit einer psychischen Störung und Pflegegrad (gemäß § 45a SGB XI).			
Begründung	Ab dem 01.01.2017 haben alle Menschen mit einem Pflegegrad einen Anspruch auf 125 €, welcher für AuA eingesetzt werden kann. Die Finanzierung von AuA erfolgt jeweils hälftig von den Pflegekassen und der Kommune. Seit 2018 wird das Angebot "Help to go" für Menschen mit psychischen Störungen über Zuwendung finanziert. Im Rahmen des Angebots werden von ehrenamtlich engagierten Bürgern und Bürgerinnen Betreuungen von Menschen mit psychischen Störungen übernommen.			
Zielgruppe	Menschen mit einer psychischen Erkrankung und einem Pflegegrad, pflegende Angehörige			
Zeitplan	fortlaufend			
Priorität	1 = höchste Priorität □ 2 = hohe Priorität □ 3 = mittlere Priorität □			
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)			
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	Bereich Vertrags- und Verwaltungsmanagement (381) Ernst von Bergmann Sozial gGmbH Pflegestützpunkt der LHP PSAG SHG für Angehörige SpDi (3856)			
Finanzrahmen	Sach- und Honorarkosten: 3.000 € (ab 2020)			
Kriterien der Zielerreichung	+1 (mehr als erwartet): Es existieren anerkannte Angebote gemäß § 45a SGB XI. Für AuA gibt es ausreichend ehrenamtlich Engagierte. AuA wird von Menschen mit einer psychischen Störung und einem Pflegegrad in Anspruch genommen. Die Finanzierung ist mittelfristig gesichert. 0 (erwartetes Ergebnis): Es existieren anerkannte Angebote gemäß § 45a SGB XI. Es gibt nicht ausreichend ehrenamtlich Engagierte. Die Finanzierung ist kurzfristig gesichert. -1 (weniger als erwartet): Es existieren anerkannte Angebote gemäß § 45a SGB XI. Aber AuA kann nur sporadisch in Anspruch genommen werden und die Finanzierung ist nicht gesichert.			
Evaluation	Jahresgespräch mit Anbietern von AuA für Menschen mit psychischen Störungen			

Ziele ohne direkte Einflussnahmemöglichkeit der LHP

Ziel 6.1: Verortung einer Rehabilitation für Menschen mit psychischen Störungen (RPK) in der LHP		
Maßnahme	Unterstützung möglicher Akteure bei der Zulassung einer RPK in der LHP in Form von Gesprächen und Verortung des Themas in AG und Netzwerken.	
Begründung	Aktuell gibt es weder in der LHP noch im Land Brandenburg eine RPK. Die nächst gelegene RPK ist in Magdeburg. Eine RPK in Potsdam ist erstrebenswert, sodass Potsdamer Bürgern und Bürgerinnen bei Bedarf eine medizinische und berufliche Rehabilitation wohnortnah zur Verfügung steht, um den beruflichen Wiedereinstieg bestmöglich vorzubereiten. Im Koalitionsvertrag der 19. Legislaturperiode wird in Zeile 4351 ff. darauf verwiesen, dass für Menschen mit Behinderungen, insbesondere für Menschen mit psychischen Störungen, der Zugang zu medizinisch-beruflicher Rehabilitation verbessert werden soll.	
Zielgruppe	mögliche Anbieter einer RPK	
Zeitplan	o. J.	
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)	
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	GB 3 PSAG	
Finanzrahmen	Kostenträger können die folgenden Rehabilitationsträger sein: GKV, PKV, RV oder Bundesagentur für Arbeit	
Kriterien der Zielerreichung	 +1 (mehr als erwartet): Es gibt in der LHP eine RPK. 0 (erwartetes Ergebnis): Es finden ergebnisoffene Gespräche bzgl. einer RPK statt. -1 (weniger als erwartet): Es gibt in der LHP weiterhin keine RPK. 	

Ziel 6.2: Verbesserung der Versorgung durch psychiatrische häusliche Krankenpflege in der LHP			
Maßnahme	Unterstützung bei der Etablierung psychiatrischer häuslicher Krankenpflege in der LHP durch Gespräche und Verortung des Themas in AG und Netzwerken.		
Begründung	Psychiatrische häusliche Krankenpflege wird in der LHP z.B. durch Anbieter aus Brandenburg/Havel übernommen. Ziel der psychiatrischen häuslichen Krankenpflege ist u.a., dass die Menschen ihren Alltag anhand ihrer Möglichkeiten selbstständig bewältigen und z.B. Therapiemaßnahmen in Anspruch nehmen (G-BA, 2018).		
Zielgruppe	Ambulante Pflegedienste in der LHP		
Zeitplan	o. J.		
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)		
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	GB 3 Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren (384) PSAG		
Finanzrahmen	Kostenträger: GKV (§ 37 SGB V) oder die Unfallversicherungsträger (§ 32 SGB VII)		
Kriterien der Zielerreichung	+1 (mehr als erwartet): Es gibt weitere Anbieter psychiatrischer häuslicher Krankenpflege in der LHP. 0 (erwartetes Ergebnis): Es finden ergebnisoffene Gespräche bzgl. psychiatrischer häuslicher Krankenpflege statt. Es gibt weitere Anbieter, die sich vorstellen können, ambulante psychiatrische Krankenpflege anzubieten. -1 (weniger als erwartet): Es gibt keine weiteren Anbieter psychiatrischer häuslicher Krankenpflege in der LHP.		





☐ Änderungsantrag	zur Drucksache Nr.
⊠ Ergänzungsantrag	18/SVV/0882
Neue Fassung	
	öffentlich

Einreicher:	Fraktion	DIE	LINKE
-------------	----------	-----	-------

Betreff: Maßnahmenplan zum Psychiatriekonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2018

Erstellungsdatum 06.03.2019
Eingang 922:

		1	1
Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
06.03.2019	Stadtverordnetenversammlung		х

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:

Die Weiterentwicklung bzw. die Anpassung der vorgelegten Maßnahmen wird im Prozess der Umsetzung in den Jahren 2019/2020 unter Einbeziehung der PSAG und des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion vorgenommen.

Eine Fortschreibung des Maßnahmenplanes soll im Jahr 2021 vorgelegt werden.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg Fraktionsvorsitzender

Unterschrift